

Zu Grundlinien  
neokonservativer  
Ideologie und  
Gesellschaftskonzeption

Dr. Lutz Brangsch

Berlin Mai/Juli 1998



Dereinst zog die Union mit dem Schlachtruf „Freiheit oder Sozialismus“ in den Wahlkampf. Heute ist heißt es „Freiheit oder Sozialpolitik“. Konservative IdeologInnen und MedienmacherInnen beschwören Ludwig Erhard, Müller-Armack, Eucken, F.A. von Hayek oder die Globalisierungszwänge, um Sozialstaat, soziale Sicherungssysteme oder die Institution des Flächentarifvertrages in Frage zu stellen. Die Sozialversicherungen werden als Zwangssysteme diffamiert, es ist die Rede von Exzessen des Wohlfahrtsstaates, von sinkenden Antrieben zu Leistung usw. Diese Formen gesellschaftlicher Regulierung gefährden, so heißt es, die Freiheit des Einzelnen, bevormunden ihn und führen die Gesellschaft auf einen Weg behördlich verordneter Lebensweise. Demgegenüber sei ein Gesellschaftssystem zu befördern, in welchem der Staat dem Einzelnen soviel Freiheit gibt und vom Ertrag seiner Arbeit soviel läßt, daß er seine Existenz, sein Schicksal und dasjenige seiner Familie selbst zu gestalten in der Lage ist.<sup>1</sup> Oder, so Mario Vargas Llosa in der Wirtschaftswoche vom 13.11.97: „Jeder einzelne in der Gesellschaft muß die Verantwortung für sein eigenes Wohlergehen übernehmen.“<sup>2</sup>

Ähnlich äußert sich Otto Schlecht, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Er fordert - eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialordnung mit den Stichworten Sicherstellung des Lohnabstandsgebots, Einführung von Öffnungsklauseln, Einstands- und Kombilöhne (um ArbeitnehmerInnen „Anreize“ zum Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu geben) und „mäßige“ Tarifabschlüsse, sowie - eine Reform des Sozialstaates hin zu mehr Wettbewerb, Eigenverantwortung und Selbstvorsorge.<sup>3</sup>

In die gleiche Richtung laufen die Argumente der „Stiftungsinitiative Umdenken: Anstiftung zur Freiheit“, einer Aktion der Friedrich-Naumann-Stiftung.<sup>4</sup> In einem dort zitierten Positionspapier „Vom Entmündigungsstaat zur Bürgergesellschaft“ heißt es:

„Der Bevormundungs- und Entmündigungsstaat ist am Ende. Den Anforderungen des Informationszeitalters und der zunehmenden Globalisierung ist er nicht gewachsen. Diese Zeit, in der der wichtigste Rohstoff das Wissen ist, braucht die liberale Bürgergesellschaft. Dazu beizutragen, daß Menschen über die engen Grenzen ihres Staates hinausdenken, daß sie die Zukunft als Chance und nicht als Bedrohung begreifen und für die Bürgergesellschaft kämpfen, ist Ziel dieser Initiative.“<sup>5</sup>

Diese Argumente und Positionen kommen harmlos daher - knüpfen sie doch sowohl an die Weltsicht von StammtischpolitikerInnen und als auch nicht wenigen „LeistungsträgerInnen“ an. „Jeder“ kennt „jemanden“ der doch eigentlich arbeiten könnte, sich aber für die angebotene Arbeit zu „fein“ sei - oder einfach faul. Kaum jemand fragt, wie er sich in der Situation des diffamierten verhalten würde...

Vor diesem Hintergrund kann die Botschaft simpel bleiben - der Staat müsse nur die „richtigen“ Rahmen setzen, die jeden das machen lassen, was er kann und nur verhindern, daß sich alle gegenseitig bescheißen und die Köpfe einschlagen, und alles wird gut. Freilich wird dies mehr oder weniger kompliziert ausgedrückt verkauft.

Diese Argumentationslinien und gesellschaftspolitischen Wertungen stützen sich auf ein ausgebautes, wenn auch nicht widerspruchs- und konfliktfreies weltanschauliches Gerüst. (So existieren unter den oben genannten Theoretikern durchaus unterschiedliche Konzeptionen, die durchaus unterschiedliche politische Konsequenzen in sich tragen.) Sie knüpfen im politischen Geschäft zwar an Alltagsbewußtsein an, greifen aber im Gesamtkomplex des geistigen Lebens auf eine lange, in politischem Handeln, Bildung und Kultur verankerte Tradition von

---

<sup>1</sup> vgl. z.B. „Endstation Sehnsucht. Das Auslaufmodell treibt in Schweden neue Blüten - bis zur nächsten Krise.“, in: Wirtschaftswoche Nr. 46 vom 6.11.97, 1997, S.61-71.

<sup>2</sup> ebenda S.48

<sup>3</sup> Wirtschaftswoche Nr.48 vom 20.11.97 S.36

<sup>4</sup> vgl. <http://www.fnst.de/initiative>

<sup>5</sup> ebenda

Herrschaftsbewußtsein zurück. So reicht der Einfluß neoliberalen Gedankengutes weit über die sich als liberal verkaufende Kleinpartei FDP hinaus.

Es ist tief im universitären Bereich verankert, prägt so in mehr oder weniger starkem Maße die Weltsicht und das Handeln weiter Teile der geistes- und auch der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz, großer Teile des Verwaltungsapparates, des Managements und natürlich der PolitikerInnenkaste. Dieser Einfluß reicht auch weit über den Kreis derer hinaus, die sich selber als liberale charakterisieren würden. Versatzstücke dieses Ideologie-Konglomerates finden sich bei VertreterInnen fast aller politischer und ideologischer Strömungen und überlagern sich mit Auffassungen anderer Denkrichtungen und Gesellschaftskonzepte, so daß „rein-liberales“ Denken eher exotische Ausnahme sein dürfte. Vor allem in den Auffassungen von Markt und Konkurrenz hat die neoliberale Weltsicht weitgehende Dominanz erreichen können.

Das derzeit aktuellste Beispiel für diesen tiefreichenden Einfluß dürften die Auffassungen Tony Blairs in Großbritannien und Gerhard Schröders in Deutschland sein, die solch eine Synthese unter dem pragmatisch-politischen Vorzeichen der Standortsicherung repräsentieren. Dies schließt natürlich ein, daß zwischen der VertreterInnen der „reinen Lehre“ und denen, die in Teilen mit liberalen Auffassungen übereinstimmen, durchaus Widersprüche existieren. Dies gilt sicher für das Verhältnis ersterer zu Tony Blair oder Gerhard Schröder, aber z.B. auch für die Auffassungen innerhalb des Arbeitgeber-Lagers.

Gemeinsam ist all diesen Denkrichtungen aber eines - der Gedanke der Umverteilung, das Beschwören der Unfinanzierbarkeit sozialer Sicherung und die Forderungen nach Abbau sozialer Schutzrechte stehen immer ... am Ende der Konzepte - diese Forderungen und die ihnen zugrundeliegenden Bewertungen der Situation stützen sich selbst auf die Ideologie - die Ideologie stützt sich aber nicht auf die Analyse der tatsächlichen Probleme der Reproduktion der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite. Tatsächlicher Bezugspunkt ist immer die Reproduktion des Unternehmens, des Einzelkapitals.

Diese Überlagerungen und die Flexibilität der Einzeldoktrinen, wie auch die Nähe zum Alltagsbewußtsein machen die Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Neoliberalismus so kompliziert, unterstreichen aber auch die Notwendigkeit, genau diese gemeinsamen Grundlagen neben den konkret-politischen Ausformungen einer Kritik zu unterziehen. Wie sich zeigen wird, liegt diese Schwierigkeit vor allem darin, daß gesellschaftspolitische Stereotype, wie „Markt“, „Wettbewerb“, „Verantwortung“ oder „Initiative“ in ihrem tatsächlichen Inhalt befragt werden müssen - was wiederum immer eigene Positionen in Frage stellen kann. Im folgenden sollen einige der Hauptlinien im neokonservativen bzw. neoliberalen Denken dargestellt werden. Die Darstellung soll Anregung sein, auch eigene gesellschaftskonzeptionelle Vorstellungen einer Prüfung zu unterziehen. Insbesondere der Alltag der Kommunal- und auch der Landespolitik verführt dazu, Stereotype neokonservativen Denkens zu übernehmen. Dies betrifft vor allem Fragen, die mit dem Verhältnis von Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenhängen, oder auch mit dem Stellenwert und der Bedeutung parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. Nicht zuletzt deshalb wird in den folgenden Darlegungen immer wieder versucht, auf methodische bzw. methodologische Fragen einzugehen - d.h. auf die Frage, WARUM und WIE die hier betrachteten Ideologen zu genau diesen Auffassungen kommen.

### ***Zu einigen Grundlagen neoliberalen Gesellschaftsverständnisses***

In seinem Buch „Wohlstand für Alle“, dem „Klassiker der Sozialen Marktwirtschaft“ (so die Eigenwerbung des Verlages) legte Ludwig Erhard in Abgrenzung gegen den alten Liberalismus seine Auffassungen über notwendige Voraussetzungen und Grundlagen einer Gesellschaft dar. Abgrenzung gegen den „alten Liberalismus“ bedeutet vor allem, daß er den Staat nicht völlig aus dem Regulierungsprozeß ausschließen wollte; eher im Gegenteil - er maß ihm (und hier folgen ihm sowohl theoretisch wie auch praktisch-politisch die heutigen Neoliberalen) eine hervorragende Ordnungsfunktion in genau bestimmten Bereichen zu. Die Neoliberalen wollen

keinen „Nachwächterstaat“, sie wollen einen sehr starken Staat - aber eben nur in definierten Bereichen der Durchsetzung einer konsequenten Ordnungs- und Repressionspolitik.

Es ist deshalb angeraten, einen Blick auf dieses Werk zu werfen, dessen Intentionen heute auch noch die Auffassungen zu dieser Materie beeinflussen. Dabei muß aber in Rechnung gestellt werden, daß Erhard bei weitem nicht die einzige Grundlage ist; die von ihm vertretenen Auffassungen haben aber durch seine Funktionen als Wirtschaftsminister und Bundeskanzler unmittelbar politische Bedeutung erlangt. Insoweit haben seine Aussagen zu den Grundlagen Sozialer Marktwirtschaft für das Verständnis heutiger Politik doch eine recht weitreichende Bedeutung. Zudem lassen sich die Postulate Erhards an den folgenden Entwicklungen der Bundesrepublik auf ihre Tauglichkeit prüfen.

Worum ging es Erhard? Erhard ging es darum, nach dem Zusammenbruch der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Ende des Weltkrieges diese zukunftsfähig, und das heißt bei ihm wachstumsorientiert, wiederaufzubauen und zu gestalten. Die von ihm entwickelten ideologischen Grundsätze wie auch sein wirtschaftspolitisches Handeln waren darauf gerichtet, insbesondere den sozialen Beziehungen Stabilität zu verleihen, um wirtschaftlichen Spielraum nach innen wie außen zu entwickeln. Er charakterisiert dieses Ziel selbst in „Wohlstand für Alle“ folgendermaßen:

"Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaukraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden. Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaukraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch endlich das Ressentiment zwischen "arm" und "reich" überwunden werden konnte."<sup>6</sup>

„...die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden“ ist, das wird kaum bestritten werden, ein weitreichendes gesellschaftsstrategisches Ziel. Ohne Frage ist die „konservative soziale Struktur“ ein der „fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehender Zustand“. Die Antwort auf die Frage, wie die aus diesem Zustand resultierenden Widersprüche (von ihm beschönigend Ressentiments genannt) so gelöst werden können, daß wirtschaftliches Wachstum nicht gefährdet wird, ist tatsächlich entscheidend. Dieses Ziel will Erhard durch Erhöhung der Massenkaukraft erreichen. Ein Ausgleich der Konsumtion soll soziale Stabilität sichern. Erhard reduziert, und dies soll hier mit Blick auf die folgenden Betrachtungen hervorgehoben werden, das Verhältnis von arm und reich (offensichtlich in Synonymen für Arbeit und Kapital) so auf ein Konsumtionsverhältnis.

Bemerkenswert und für das Verständnis der Erhardschen wie auch der heutigen neoliberalen Auffassungen ist, daß sich bei Ludwig Erhard eine gesellschaftskonzeptionelle Kontinuität von der Weimarer Republik über die Zeit des Faschismus in die Bundesrepublik verfolgen läßt, die sich eben auf den Aspekt des Vermeidens der „Sprengrung der sozialen Ordnung“ konzentriert. Dieser Aspekt prägte deutlich seine Arbeit ab Ende der dreißiger Jahre bis zum Ende des Faschismus, in der er führend an den Nachkriegsplanungen der deutschen Industrie beteiligt war.<sup>7</sup> In einer Denkschrift vom März 1944 behandelt er u.a. die möglichst reibungslose und zugleich sozialverträgliche Reorganisation und Effektivierung des ökonomischen Nachkriegspotentials an hervorragende Stelle.<sup>8</sup>

Logisch ergibt sich nun die Frage, welches die gesellschaftlichen Beziehungen sind, die Triebkräfte, die ein solches Verhalten - also Konsumausgleich und soziale Stabilität - erlauben

<sup>6</sup> Erhard, Ludwig, Wohlstand für Alle, Econ Taschenbuch Verlag, 4.Aufl., Düsseldorf 1990, S.7.

<sup>7</sup> vgl. Roth, Karl Heinz, Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Dietrich Eichholtz [Hrsg.], Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 Band III 1943-1945, Akademie Verlag, Berlin 1996, S.549-596.

<sup>8</sup> ebenda S.556

und begleiten müssen. Welches, so die Frage, sind die „richtigen“ Treibkräfte, die die Gesellschaft bewegen (sollen)?

Die Antwort lautet folgendermaßen:

"Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen. Auf dem Wege über den Wettbewerb wird - im besten Sinne des Wortes - eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten."<sup>9</sup>

Die Schlüsselworte lauten hier „Wettbewerb“, „Verbraucher“, „Leistung“ und „Leistungsstreben“. Durch freien Wettbewerb, so die Erhardsche Behauptung, würden Menschen entsprechend ihrer Leistung als Verbraucher am Reichtum teilhaben können und so würde wiederum ihr Leistungsstreben angeregt. Erhard greift diesen Gedanken später wieder auf und führt aus:

"Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d.h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten "Sozialen Marktwirtschaft" bietet."<sup>10</sup>

Ähnlich hart geht er mit dem Versuch der Entwicklung kollektiver Formen sozialer Absicherung ins Gericht. Er stellt diese Bemühungen dem „natürlichen Streben“ des einzelnen Menschen „in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Familie und sein Alter zu denken“<sup>11</sup> entgegen.

All dies wird nicht etwa als Ergebnis von Analyse, sondern als **Prämisse** für Politik behandelt. Zwei Fragen wären also zu untersuchen: erstens, funktioniert das von Erhard entworfene Modell so tatsächlich, und zweitens, kann es außer der hier (recht schwülstig) beschriebenen Triebkraftkonstellation auch andere geben, außerhalb von Konkurrenz; kann das „natürliche Streben“ auch auf andere, vielleicht menschlichere Weise realisiert werden? Diese Fragen stellt sich aber weder Erhard noch stellen sie sich seine Nachfolger.

Die Problematik der Erhardschen Doktrin, wie auch der seiner Nachfolger liegt auf verschiedenen Ebenen:

1. werden Prämissen gesetzt, die der Realität nicht adäquat sind

Erhard, der in seiner Regierungstätigkeit oft erleben mußte, daß sich Unternehmer wie auch Gewerkschaften einfach nicht an seine Vorgaben hielten, führte dies nie auf Mängel seiner Theorie zurück, sondern sah darin immer ein Verständnisproblem, immer Auswüchse von Egoismus oder andere schreckliche, in der Unfähigkeit seiner Partner begründete Mängel der Realität. Nur ersetzt eben ein gesundes Selbstbewußtsein keinesfalls das Messen von Behauptungen an Realitäten.

Und diese zeigt uns, daß keine der unausgesprochenen Prämissen der Realität adäquat ist.

Weder ist der Wettbewerb frei, noch bestimmt Leistung die Stellung in der Gesellschaft, noch gewinnt im Wettbewerb der Leistungsfähigere. Schon gar nicht führt Wachstum quasi automatisch zu mehr Wohlstand, und wenn dann schon gar nicht für alle. Das dies nicht so ist und auch kaum so sein kann, hängt mit den folgenden Schwachpunkten zusammen.

2. wird der Mensch auf seine Rolle als „Wirtschaftsfaktor VerbraucherIn“ reduziert, wobei ihm eine Autonomie zugemessen wird, die er in einer hochvergesellschafteten Wirtschaft nicht haben kann.

---

<sup>9</sup> Erhard a.a.O. S.7-8

<sup>10</sup> ebenda S.246

<sup>11</sup> ebenda S.248

Dies wird schon daran deutlich, daß ja der Mensch, will er arbeiten, mit dem Unternehmer nicht als Verbraucher in Beziehung tritt, sondern als „Anbieter“, als Verkäufer seiner Arbeitskraft - ein Verhältnis, in dem selbst bei funktionierendem Markt real ein Ungleichgewicht in der Handlungsfähigkeit beider Seiten gesetzt ist. Hier, und nicht in unterschiedlichen Qualitäten und Quantitäten von Konsum werden die „Ressentiments zwischen arm und reich“ gesetzt.

3. wird von den sozialen Schichtungen, die als Gegebenheit existieren, abstrahiert. Erhard geht von der Fiktion einer Gleichheit von Ausgangspositionen im wirtschaftlichen Leben aus, die es nicht gibt, da Wirtschaft eben eine Geschichte hat, geworden ist. Die soziale Ungleichheit und die sozialen Widersprüche sind nicht wegabstrahierbar, nur weil es schön wäre, wenn alle Menschen gleiche Ausgangspositionen hätten. Diese Gleichheit ist bei der Prämisse, daß die sozialen Grundstrukturen nicht angetastet werden sollen, durch kein Mittel herstellbar. Daran ändern übrigens auch keine noch so umfangreichen finanziellen staatlichen Transfers etwas. Erst die Auflösung der sozialen Räume, die Einfluß und Macht vermitteln, umfangreiche Demokratisierungsprozesse in wirtschaftlichen und sozialen Belangen können diese „Gleichheit am Start“<sup>12</sup> tatsächlich herstellen.

4. werden Markt und Wettbewerb, und dies ist das entscheidende Problem, nicht als reale Beziehungen des Wirtschaftslebens gefaßt, sondern als Denkkategorien, an die die Realität herangeführt werden muß.

Unmittelbar verbunden damit ist eine Ästhetisierung dieser Prozesse, die die tatsächlichen Konsequenzen, insbesondere die Zerstörung sozialer Existenz als notwendige Seite von Markt, Wettbewerb und Konkurrenz ignoriert. Die „Erfolge“ werden vom Preis der Entwicklung getrennt. Nur das Wechselspiel von Erfolg als Sicherung sozialer Existenz und Mißerfolg als Zerstörung sozialer Existenz aber verleihen der Konkurrenz im Kapitalismus diese Rolle als Antrieb, der Gesellschaft und Wirtschaft eine tatsächlich bis dahin unbekannte Dynamik verleihen konnte. Die Zerschlagung der Zunftordnung, die eben diese „schlechte“ Konkurrenz ausschloß, steht nicht umsonst am Beginn der Entwicklung des Kapitalismus. Daß die Entstehung wirtschaftlicher Monopole selbst Resultat dieses Wechselspiels ist, ignoriert Erhard - für ihn ist „ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz“ das „unentbehrliche „wirtschaftliche Grundgesetz“.<sup>13</sup> Wo aber soll sich wirtschaftlicher Erfolg auf der einen und Mißerfolg auf der anderen aber letztendlich manifestieren, wenn nicht im Gewinn von Marktanteilen, in der damit immer untrennbar verbundenen Tendenz zum Monopol (das ohnehin sehr selten nur ein vollkommenes ist)? Ganz abgesehen davon, daß das in einer Vielzahl von strukturbestimmenden Zweigen notwendige Kapitalminimum zur Erlangung auch nur der unbedeutendsten Marktposition den freien Wettbewerb zu einer Farce werden läßt. So blieb der Wirtschaftspraktiker Erhard denn auch mit seinem Kampf gegen die Monopole (Kartelle) allein.<sup>14</sup>

Fazit: Was letztlich von den Erhardschen Thesen bleibt, ist, daß durch Umsetzung von Wachstum in Konsum die „Ressentiments zwischen arm und reich“ abgebaut werden sollen. Ansonsten ist das Erhardsche Modell vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Realitäten ein starres, nichtmenschliches Gebilde, daß sich der Dynamik von Gesellschaft verweigert. Die freiheitliche Wirtschaftsordnung Erhards ist keine freiheitliche Ordnung, sondern ein getarnter Ständestaat, in dem jeder seinen Platz und nur diesen einzunehmen hat.

<sup>12</sup> z.B. Baron, Stefan, Marktwirtschaft ist menschlich. Über den Weg zurück zur Vollbeschäftigung., in: Wirtschaftswoche Nr.10/26.2.1998, S.37.

<sup>13</sup> vgl. Erhard a.a.O. S.9

<sup>14</sup> vgl. z.B. Erhard a.a.O. S.188-200 „Die Kartellbehörde wird ... wirklich genau so groß sein müssen, als die Kartellgelüste der deutschen Wirtschaft ins Kraut schießen. Von mir aus kann sie denkbar klein sein. Die Wirtschaft hat es jedenfalls in der Hand, darüber zu entscheiden, wie groß die Kartellbehörde sein muß.“ ebenda S.189

Nicht weniger wichtig ist, daß bereits in der Ära Erhard dessen eigene Doktrin die von ihm selbst entwickelte Legitimationsgrundlage verliert - Erhard verliert den „Kampf“ gegen die Monopolisierungsprozesse, wodurch der von ihm über das „wirtschaftliche Grundgesetz Kartellverbot“ hergestellte Zusammenhang zwischen den Polen „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“<sup>15</sup> zerfällt. (Seinen Nachfolgern wird nichts anderes übrig bleiben, als diesen wahrscheinlich sogar ernst gemeinten, im positiven Sinne liberalen Punkt schlichtweg zu übergehen. Tatsächlich liegt hier einer der wenigen Realbezüge der Erhard'schen Vorstellungen, die ihre Quelle sicher in seinen Erfahrungen gehabt hat, die er in den dreißiger und vierziger Jahren bei Untersuchungen in der mittelständisch geprägten Konsumgüterindustrie, einer der Verlierer-Branchen im Machtkampf im faschistischen Wirtschaftssystem, gesammelt hatte.)

Ganz abgesehen davon, daß Fakten, wie der Ressourcentransfer aus der Dritten Welt und die Zerstörung von Wirtschaft, Natur und Kultur in diesen Regionen als wesentliche Akkumulations- und Entwicklungsgrundlagen des Kapitalismus auch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, schlichtweg übergangen werden.

### **Die professoralen Ausläufer**

Freilich ist Erhard hier nur als ein Vertreter dieser Richtung zu sehen, dessen Positionen und Wirken vor allem durch die gegebene Öffentlichkeit von Interesse ist. Hinter und neben ihm standen immer andere, die die Theoreme fundierten, ausbauten, vorbereiteten, entwickelten. Dies erfolgte und erfolgt in erster Linie auch über den universitär-professoralen Bereich. Daher sollen im folgenden gerade die Sichtweisen in diesem Bereich auf die Stellung des Sozialen, auf Sozialstaat, Soziale Sicherungssysteme und deren Krise betrachtet werden.

Wenn wir im vorangehenden Abschnitt konstatieren mußten, daß offensichtlich eine Reihe von Prämissen durch Erhard, den Praktiker/Pragmatiker, nicht begründet werden, stellt sich die Frage, wie die Ideologen nun damit umgehen - liefern sie vielleicht die Begründung nach, die der Praktiker nicht liefern wollte oder konnte?

In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik unternimmt Gerhard D.Kleinhenz den Versuch „eine wissenschaftlich-ordnungspolitische Fundierung für den Umbau des Sozialstaates“ zu formulieren.<sup>16</sup>

Für unsere Betrachtung soll hier an erster Stelle das methodische Herangehen des Autors von Interesse sein. Dieses Herangehen, also der gewählte Weg zur „wissenschaftlich-ordnungspolitischen Fundierung“ bestimmt in nicht unerheblichem Maße das Ergebnis, mit dem wir es zu tun haben werden. Werden reale Widersprüche zum Ausgangspunkt genommen, wenn ja, welche - oder - werden politische Konzepte analysiert - oder - werden unterschiedliche theoretische Sichten auf das Problem gegeneinander abgewogen? Wenn überhaupt, wird letzteres getan. Der Autor bringt es fertig, mit keinem Wort tatsächliche Widersprüche in der heutigen Gesellschaft zu benennen, geschweige denn, sie zu analysieren. Das dies auch in keiner Weise Ziel seiner Arbeit ist, zeigt sich in den einführenden Sätzen deutlich: „Eine Analyse der Probleme des Sozialstaates und der Möglichkeiten seines Umbaus wird sich, wenn sie dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit gerecht werden soll, von dem Chaos der massenmedialen Debatte um die Sozialstaatskrise und all dem ad hoc Interventionismus der aktuellen politischen Versuche der Krisenbewältigung abheben und einen „Fixpunkt“ suchen müssen, von dem aus beim „Denken in Ordnungen“ auch für die anstehende Reform des Sozialstaates die Grundprinzipien seiner Um- und Ausgestaltung in einer gesellschaftlichen Gesamtordnung „aus einem Guß“ gefunden werden können. Die Verankerung für die wissenschaftliche Fundierung der Sozialstaatsreform beabsichtigt der Verfasser mit diesem

---

<sup>15</sup> vgl. Erhard a.a.O. S.9

<sup>16</sup> vgl. Kleinhenz, Gerhard D., Sozialstaatlichkeit in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Eine ordnungspolitische Fundierung der Sozialstaatsreform., in: Gerhard Kleinherz, Heinz Lampert, Alois Oberhauser [Hrsg.], Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 216 Heft 4+5 Juli 1997 Themenheft Sozialstaat Deutschland, Stuttgart, S.392-412.



Beitrag in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zu gewinnen.<sup>17</sup> Sodann führt der Autor an, daß er gedenkt, von „auch wertbestimmten“ Grundüberzeugungen über die Soziale Marktwirtschaft, die „**nicht mehr weiter hinterfragt**“ werden, auszugehen.<sup>18</sup>

Mit anderen Worten - der Autor hat Überzeugungen (oder schließt sich ihnen an), die nicht hinterfragt werden, also als **an sich** richtig zu betrachten sind, und diese Überzeugungen sind Maßstab für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Wahrhaft - eine dem Anspruch von Wissenschaftlichkeit gerecht werdende Methode. Es lohnt sich nicht, bei dem nachzusehen, auf den sich Professor Kleinhenz aus Passau beruft (Müller-Armack) - hinsichtlich des methodischen Herangehens käme man zu dem gleichen Ergebnis.

Neben dieser auffälligen methodischen Gemeinsamkeit findet sich auch ein weiterer, bereits bei Erhard hervorgehobener Aspekt. Dies betrifft die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft als **Instrument der gesellschaftlichen Integration** der verschiedenen sozialen Interessengruppen, Schichten, Klassen oder eben - wie es bei Erhard hieß - der Überwindung der „Ressentiments zwischen arm und reich“.

Der Autor vermeidet auch hier eigene Gedanken und schließt sich Müller-Armack an, den er folgendermaßen zitiert: „Die Soziale Marktwirtschaft ist so eine Integrationsformel, durch die versucht wird, die wesentlichen Kräfte unserer heutigen Gesellschaft in eine echte Kooperation zu führen“, denn „auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft sind die Ideale der Freiheit und die der sozialen Gerechtigkeit sehr wohl zu vereinigen.“<sup>19</sup> Und sich wiederum an Eucken anlehnd stellt er fest, daß die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft dabei eine „integrierte Gesamtordnung“ anstrebe, „bei der durch die Gesamtheit ihrer konstituierenden und regulierenden Ordnungsprinzipien...soziale Probleme möglichst von vornherein vermieden oder doch vermindert werden.“<sup>20</sup>

Wir finden hier das gleiche Verhältnis zu sozialen Widersprüchen, wie bei Erhard - Kleinhenz bzw. Eucken oder Müller-Armack sehen in ihnen keine wirklichen Interessenwidersprüche, sondern **Ergebnisse unzureichender „Organisation“ der Gesellschaft**, letztendlich also ein in der Psychologie der Menschen wurzelndes Problem. Dies wird auch in folgender Formulierung deutlich: „Auf die praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik bezogen kann dieser Beitrag auch als Appell an die politischen Parteien und an die sozialpolitisch relevanten Interessengruppen verstanden werden, die Fixierung auf gesellschaftliche Nullsummenspiele ausgehend von extremtypisch formulierten Interessengegensätzen und Zielen zugunsten des Ringens um gemeinsame Anliegen (z.B. Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit) aufzugeben und aus der gemeinsamen „sozialen“ und „freiheitlich-liberalen“ Basis in einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft die Kraft für die Zukunftssicherung von Wohlstand für alle im vereinten Deutschland zu entfalten.“<sup>21</sup> Nun verbinden sich aber schon mit den Begriffen „Beschäftigung“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ für einen abhängig Beschäftigten, einen Kleinunternehmer oder einen Großkonzern durchaus z.T. sehr verschiedene Dinge, sehr verschiedene Interessen, die nicht mit einem intellektuellen Kraftakt zu vereinigen sind.

Da hilft es auch nicht, daß Kleinhenz betont, daß das Vertrauen der Neoliberalen in den Markt nicht blind sei, sondern zugleich „Vertrauen in den Rechtsstaat als freiheitssichernder Institution“.<sup>22</sup> Und hier finden wir denn auch einen interessanten Unterschied zu Erhard. Erhard sah, wie oben dargestellt, in der Verhinderung der Kartell-(Monopol-)Bildung eine entscheidende Voraussetzung für Gleichheit im Wettbewerb und für den angestrebten sozialen Ausgleich. Dieser für Erhard auch in der praktischen Politik wichtige Zusammenhang verschwindet bei Kleinhenz in einer unverbindlichen Floskel; an deren Stelle tritt eine im

<sup>17</sup> ebenda S. 392f.

<sup>18</sup> ebenda S.393

<sup>19</sup> ebenda S.393

<sup>20</sup> ebenda S.394 Eucken wird mit der Feststellung zitiert, daß durch die allgemeine Ordnungspolitik versucht werden muß, die Entstehung (!) sozialer Fragen zu verhindern.

<sup>21</sup> ebenda S.398

<sup>22</sup> ebenda S. 400

Vergleich zu Erhard viel deutlichere Betonung der „persönlichen Freiheit“<sup>23</sup> - als deren Voraussetzung aber eben Erhard (und das bis zu einem bestimmten Grade berechtigt) das Kartellverbot sah. Es wäre im „Jahr der Fusionen“ 1997 aber auch allzu lächerlich gewesen, auf den von Erhard entwickelten Zusammenhang zurückzukommen. Die Lösung dieses Dilemmas kann nur darin bestehen, die Konzeption noch weiter ins Geistige, weiter in den Bereich der moralischen Normen und Werte zu treiben, wie es denn auch tatsächlich erfolgt.

Daß dies keinesfalls die persönliche Sichtweise Kleinhenz' ist, zeigt sich auch darin, daß die Friedrich-Naumann-Stiftung im Zusammenhang mit ihrer bereits erwähnten Initiative „Umdenken: Anstiftung zur Freiheit“ diese Seite neoliberalen Denkens betonen läßt: „Zum Unterschied von sozialen Gebilden, in denen das, was die Einzelnen wirtschaftlich tun, von Tag zu Tag ganz überwiegend durch fallweise Einzelanforderungen (Produktionsanordnungen, Subventionsentscheidungen u.ä.) von Trägern staatlicher Gewalt bestimmt wird, die dabei ihrem Ermessen folgen (*Zentralverwaltungswirtschaften*), ist der freiheitliche Rechtsstaat, wie er uns Liberalen als Leitbild stets vor Augen steht, dadurch gekennzeichnet, daß zur Lösung der genannten beiden Hauptaufgaben - Organisation der Produktion und Organisation der Verteilung - vom Staate grundsätzlich nur generelle *Ordnungsnormen* aufgestellt werden. Das sind staatliche Regelungen, die erstens jedem Bürger gegenüber in genau gleicher Weise zur Anwendung kommen, und die zweitens so beschaffen sind, daß sich der einzelne Bürger bei seinen höchstpersönlichen wirtschaftlichen Entscheidungen (insbesondere allen seinen Investitionen an Zeit und Geld in Ausbildung, Sachanlagen und technische Entwicklung) darauf verlassen kann, in seinem Vertrauen auf deren Fortgeltung nicht grob enttäuscht zu werden.“<sup>24</sup>

Vor dem Hintergrund dieser offensichtlichen Schwerpunktverschiebung erscheinen solche Sätze wie der folgende als reine Propaganda:

„Der Anspruch des Neoliberalismus, zur Lösung der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts und grundsätzlich zur Verhinderung oder Lösung sozialer Probleme unmittelbar und vorrangig durch eine Wettbewerbsordnung oder (in engerer Begrifflichkeit) durch die Marktwirtschaft beizutragen, ist insgesamt also wohl begründet und verdeutlicht auch den hohen Stellenwert sozialpolitischer Anliegen in den Konzepten einer freien Wettbewerbsordnung...“<sup>25</sup>

Bestechend an dem hier beispielhaft betrachteten Beitrag ist, daß die Ablehnung von sozialstaatlichen Regulierungen **nie** aus konkreten wirtschaftlichen Gründen, aus zu großer, konkret benannten Belastung von Unternehmen aus Sozialabgaben entwickelt wird, sondern **ausschließlich** aus angenommenen Funktionsprinzipien, Werten oder Ordnungsprinzipien des favorisierten Gesellschaftsmodells. Diese Ebene macht es durchaus möglich, z.B. die Institutionen der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages als mit liberalen Grundsätzen vereinbar zu bewerten.

Das neoliberale Konzept ist somit auch auf dieser Ebene primär ein gesellschaftspolitisches, erst in zweiter, abgeleiteter Ebene ein wirtschaftspolitisches Konzept, das auf die Fixierung sozialer Strukturen gerichtet ist.

Die grobschlächtigeren Varianten, die die neoliberalen Glaubenssätze mit den realen wirtschaftlichen Prozessen in Verbindung bringen, die neoliberal idealtypisch gedachten Konstrukte auf die Ebene betrieblicher und gesellschaftlicher Machtstrukturen bringen, basieren in ihren ideologischen Grundlegungen so auf einem recht brüchigen Fundament. Streng genommen wird das neoliberale Gedankengebäude recht brutal als Steinbruch für tagespolitische Argumentationslinien gebraucht. Die Professoren werden zu Mittätern, indem sie sich gebrauchen lassen.

### **Die intellektuellen „Scharniere“**

Halten wir als vorerst fest, daß in den Bereichen universitären Forschung und Lehre also ein Gedankengebäude entwickelt und vermittelt wird, daß seine eigenen Grundlagen nicht

---

<sup>23</sup> ebenda S.401

<sup>24</sup> Stützel, Wolfgang, Grundkonzeption einer Modernen Sozialen Marktwirtschaft, in: "liberal" 4/1984 (über Internet <http://fnst.de/initiative>).

<sup>25</sup> Kleinhenz a.a.O. S.403

entwickelt (in diesem Sinne axiomatisch ist) und in wesentlichen Teilen auf Grundaussagen beruht, die mit aller Offensichtlichkeit nicht den Realitäten entsprechen. Nur die Ausblendung der sozialen und wirtschaftlichen Realität läßt eine innere Logik zu. So kann die praktische Rolle dieser Denkrichtung nur darin bestehen, eine **Legitimationsideologie** für gegebene Machtverhältnisse zu liefern. Dies wiederum erklärt mit, warum es auch möglich ist, einzelne neoliberale Dogmen in die verschiedensten sonstigen ideologischen Umfeldern relativ problemlos zu integrieren.

Die skizzierte Problematik des neoliberalen Denkmodells erfordert nun allerdings, soll es politikwirksam werden, eine entsprechende Adaption an Gegebenheiten.

Diese Adaption erfolgt auf der Ebene politischer Strategiebildung, wobei den Wirtschaftsinstituten, Kommissionen, Stiftungen und ähnlichen Strukturen eine erhebliche Rolle zukommt. Deutlicher noch als bei Erhard wird dabei in den letzten Jahren mit größerer Deutlichkeit auf dieser Ebene die Frage nach den **Triebkräften der Entwicklung der spätbürgerlichen Gesellschaft** und nach der **Sicherung des sozialen Zusammenhaltes** (Reproduktion der Gesellschaft in ihrer Ganzheitlichkeit) der Gesellschaft thematisiert. Die auf der professoralen Ebene als selbstverständliche Prämisse behandelten Lehrmeinungen erfassen dieses Problem meist unterschwellig, oft als Axiom. Die politische und gesellschaftliche Praxis stellt jedoch diese hingegenommenen Triebkräfte immer wieder in Frage - Konkurrenz, Wettbewerb, Demokratie, Solidarität... wie können sie angesichts der offensichtlichen „Funktionsdefizite“ in ein geschlossenes gesellschaftspolitisches Konzept eingeordnet werden? Derartige Scharnierfunktionen üben z.B. die parteinahen Stiftungen aus, aber auch solche Gremien, wie etwa der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Dabei, und das werden die nachfolgenden Darlegungen zeigen, gibt es durchaus differierende Sicht- und Herangehensweisen.

### **Der F.D.P.-Liberalismus**

Mit der „Initiative Umdenken - Anstiftung zur Freiheit“ der F.D.P.-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung liegt ein solches „Scharnier“ vor.<sup>26</sup> Da hier in großer Reinheit der Umsetzungsprozeß nachvollziehbar ist, wollen wir diese Initiative kurz betrachten.

Bei dieser Initiative handelt es sich um einen von der Friedrich-Naumann-Stiftung moderierten und gestalteten Diskurs, der Wissenschaftlern und Politikern die Möglichkeit gibt, ihre Ansichten zu verschiedenen Gegenwartsproblemen zu entwickeln. Ausgangs- und Bezugspunkt dieser Beiträge sind die Kernthesen zur Initiative unter der Überschrift „Vom Entmündigungsstaat zur Bürgergesellschaft“.

Bereits in der These wird der Sinn der „Initiative“ und ihre methodische Anlage deutlich. Sie lautet: „Unser Sozialstaat ist zu einem Bevormundungs- und Versorgungsstaat geworden. Die Grenzen seiner Finanzierbarkeit sind längst überschritten. Diese Erkenntnis hat bisher noch nicht zur dringend notwendigen Umkehr in der Politik geführt.“ In der zweiten These heißt es unter anderem: „Die Freiheit der nachkommenden Generation, die Regeln ihres Zusammenlebens selbst zu bestimmen, tendiert infolge der immensen Staatsverschuldung und der Finanzierungslasten des Systems der sozialen Sicherheit bereits gegenwärtig gegen Null.“; in der dritten: „Die Vernormung und Verregelung unseres Lebens ist dabei, jedes Gefühl für Verantwortung zu beseitigen.“ usw.

Das theoretische Konstrukt der Neoliberalen wird hier politisch handhabbar gemacht, indem ganz an die Spitze eine Aussage gestellt wird, die das gewünschte Ergebnis vorwegnimmt. Dabei ist die Formulierung „Bevormundungs- und Versorgungsstaat“ nichts weiter als eine Worthülse, die von jeder interessierten gesellschaftlichen Gruppe mit beliebigem Inhalt gefüllt werden kann - wobei ein bössartiger Trick darin besteht, daß nicht etwa der Staat, sondern der Sozialstaat hier so charakterisiert wird. Abgesehen von dem ideologisch-polemischen

<sup>26</sup> alle Zitate zu dieser Initiative beziehen sich auf die im Internet unter <http://fnst.de/initiative> veröffentlichten Beiträge

Hintergrund liegt auch hier eine der Unlogiken der Thesen - weiter hinten wird dann von Veräußerung von staatlichen Beteiligungen, von Subventionsabbau usw. gesprochen - alles Dinge, die nicht ursächlich mit der Sozialstaatsfunktion in Verbindung stehend betrachtet werden können. Hier wie auch in den Beiträgen zur Diskussion der Thesen wird keinerlei Analyse zur Belegung dieser Ausgangspostulate vorgenommen. So wird nur pauschal behauptet, daß die Steuer- und Abgabenbelastung von 50 Prozent die Verfügbarkeit des persönlichen Einkommens und die Bildung von Eigentum stark einschränke und damit Freiheitsspielräume vernichte - dies mag für einen Kleinverdiener zutreffen, nur der wird auch bei Belastung Null kaum das tun können, was mit „Bildung von Eigentum“ gemeint sein mag; allerdings beschränkt gerade in diesem Bereich das Einkommen sehr wohl die Freiheitsspielräume - nur die beschränkten Spielräume der SozialhilfeempfängerInnen dürften hier nicht gemeint sein. Zudem steht, was die „Bildung von Eigentum“, hier wohl vorrangig als Investition gemeint, in klarem Widerspruch zu den Aussagen der Statistik. Nun - all dies ist letztendlich eine Frage des Bewertungsmusters, der Maßstäbe. Und die werden wiederum völlig auf moralischer, mitunter nahezu mystischer Ebene belassen. Von einer tatsächlichen Weiterentwicklung der Grundlagen des Gesellschaftskonzeptes kann keine Rede sein. Zwar reagiert die Ideologie auf gesellschaftliche Veränderungen und kann sie auch mitunter eindrucksvoll beschreiben - aber die Antworten bleiben immer die gleichen. Die realen Entwicklungen werden (zumindest in der hier betrachteten Ideologie-Richtung) in erster Linie als Bestätigung der gesetzten Antworten verstanden.

Der so gesetzte ideologische Rahmen mit seinen Axiomen bestimmt dann auch das Herangehen an die Umverteilungsprozesse insgesamt wie auch an die Behandlung von Einzelfragen, etwa die Konzeptionen zur Entwicklung der einzelnen Sozialversicherungszweige.

Eine Kernfunktion nimmt dabei die Frage nach der **Verteilungsgerechtigkeit** ein. Mit dieser Frage beschäftigt sich in einem Beitrag Dr. Gerhart Raichle. Auch hier ist wichtig, sich zuerst mit seinen Ausgangspunkten zu befassen. Für ihn ist Umverteilung „jede Veränderung der marktgemäßen Ressourcenallokation mit Mitteln und nach Zielsetzungen der Politik“. Wir stoßen hier auf das gleiche Problem, das bei der Betrachtung der Auffassung Ludwig Erhards auftrat: was ist der Markt - oder: ist der Markt das, wofür ihn die Neoliberalen ausgeben? Und weiter: finden Umverteilungen tatsächlich erst durch die Politik statt - sind alle anderen Verteilungsprozesse - also die Bestimmung von Lohn, Zins, Investitionen usw. - a priori durch den Markt „vernünftig“ geregelt? Daß es nicht der Eingriffe des Staates bedarf, um Umverteilungen zu realisieren zeigt die tägliche Praxis - etwa im Verhältnis der kleinen Lieferanten zu großen Handelsketten und kleiner Zulieferer zu großen Finalproduzenten. Oder in den Unterschieden in der Bezahlung verschiedener Berufsgruppen, in den Unterschieden der Bezahlung von Frauen und Männern ... überall verschlingen sich Verteilungs- und Umverteilungsprozesse miteinander, ohne daß der Staat eingreifen müßte. So verwandelt sich Raichle's Plädoyer für die „Gerechtigkeit einer marktgesteuerten Verteilung“ in einem Worthülse. Er schreibt weiter: „Zudem gibt es für die Gerechtigkeit einer marktgesteuerten Verteilung unwiderlegliche [!] Argumente: was der Markt zuteilt, ist Gegenwert für die geleistete Befriedigung sozialer Bedürfnisse; nur wenn ich etwas anbiete/leiste, was anderen nützt, kann ich dafür einen Preis erzielen, und dieser Preis entspricht dem Wert, den meine Leistung für andere, also letztlich für die Gesellschaft hat.“ Es wird nicht gefragt, **wie** „der Markt“ etwas „zuteilt“, d.h. also, welche realen gesellschaftlichen Prozesse wiederum das zu befriedigende soziale Bedürfnis und die daran geknüpfte Bewertung bestimmen. Denn daß man anbieten muß, was jemandem anderen nützt, der bereit und in der Lage ist, dafür zu zahlen, ist triviale Abbildung einer Erscheinung, aber keine Erklärung dafür, daß dieser Austausch „gerecht“ sei. Und daß meine Leistung einem anderen nützt, heißt noch lange nicht, daß sie „letztlich“ einen Wert für die Gesellschaft hat. Und was bedeutet „Wert für die Gesellschaft“? Auftragsmord der umweltzerstörende Produkte haben für Einzelne, mitunter auch für ganze Gruppen tatsächlich „Wert“ - aber „letztlich“ haben sie für die Gesellschaft, unter dem Gesichtspunkt ihrer ganzheitlichen Reproduktion eben keinen Wert, sie können sie auch

zerstören, obwohl sie möglicherweise das Bruttosozialprodukt steigern. Der hier gemachte (und in langer Tradition stehende) Versuch, ein gesellschaftliches Phänomen aus einem individuellen Tauschakt abzuleiten führt in eine Tautologie - **marktbestimmte Verteilung ist gerecht, weil es sie gibt.**

Davon ausgehend entwickelt Raichle den liberalen Gleichheitsbegriff: „Den Liberalen geht es darum, daß den Wettbewerbern möglichst gleichwertige Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich für den Start „fit“ zu machen - diese Möglichkeiten nutzen und vor allem laufen müssen sie dann selber, und für das Ergebnis ist, wenn die Regeln fair und die Möglichkeiten des „Fitmachens“ jedem zugänglich sind, ausschließlich der Läufer selbst verantwortlich.“ Wenn, ja wenn - nur sind die Regeln eben nicht fair und sind die Möglichkeiten eben nicht jedem zugänglich. Es ist der „Wettkampf“, die Konkurrenz selbst, die hier postulierte Isolation der Marktagenten gegeneinander sowie simpel die historisch eben entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die die „Gleichheit am Start“ unmöglich machen. Bleiben wir wieder auf der Kapitalebene - zwischen einem Großkonzern und einem/r weitgehend mittellosen ExistenzgründerIn von „Gleichheit am Start“ zu reden, ist schlichtweg Nonsense. Bleibt also nur ein Inhalt für die liberale Verteilungsgerechtigkeit - Verteilung ist für sie gerecht, wenn sie die gesellschaftlichen Verhältnisse so gestaltet, wie sie den Interessen der Liberalen als Marktagenten entsprechen. Damit aber stellt sich die Konzeption der Verteilungsgerechtigkeit als das dar, was sie ist - eine Legitimationsideologie.

In den Thesen zur Initiative Umdenken finden wir ein weiteres, bei Neoliberalen gängiges methodisches Prinzip: die **soziale Sicherung**, die zu einem großen Teil durch die **Selbstverwaltung** getragen und verwaltet wird - wird durch die Autoren der Thesen **unter der Hand dem Staat** zugeschlagen.

Staat, wie auch Sozialstaat werden so ihren realen Funktionen entkleidet - sie werden mit Bürokratie gleichgesetzt.<sup>27</sup> Dadurch wiederum treten die tatsächlichen Widersprüche, deren Bewegungsformen durch Staat und Sozialstaat gebildet werden, weit in den Hintergrund. Die Kritik der Institution Staat, die über alle Schichten der Gesellschaft hinweg, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten, gleichfalls praktiziert wird, kann so, weitgehend unbemerkt, in eine Kritik der in diesem manifesten historisch.konkreten Kräfteverhältnisse umgewandelt werden. Die sich im Sozialstaat zeigenden, unter bestimmten historischen Bedingungen entstandenen Balance zwischen Unternehmern, Staat und Gewerkschaften wird so moralisch diskreditierbar. Deutlicher als z.B. bei Erhard wird, wie sehr ein interessenpolarisierender und interessenrealisierender Ausbau des Staates gewünscht und betrieben wird. Ausgehend von der moralischen Begründung werden auf dieser Basis die verteilungspolitischen Forderungen nachgeschoben. Die so nach außen hin erreichte Trennung von Staats-, Herrschafts- und Machtfrage sowie von Macht- und Verteilungsfrage unterstellt in darauf basierenden Konzepten bereits von vornherein die Statik der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und damit wiederum der wesentlichen Machtverhältnisse im Staat. Da die Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit „gegeben“ und in der Grundqualität unveränderbar ist, kann es nur eine „richtige“ Verteilungsweise geben. Die in der Theorie angelegte Apologetik wird durch den so scheinbar logisch erklärten Ausschluß von Veränderungen der Grundqualitäten zu einem politisch-konzeptionellen und praktizierfähigen Eckstein neoliberaler Ideologie.

Damit wird der Weg frei, um faktisch die **Wirtschaft als den übergreifenden Ordnungsfaktor** zu begründen. Denn das es Ordnungsfaktoren geben muß, daß ist nicht strittig. Wenn die sozialen Beziehungen (hier die Beziehungen, die die Reproduktion der Arbeitskraft sichern) nicht mehr durch den Staat reguliert werden, aber trotzdem in einem moralisch begründeten Gleichgewicht gehalten werden sollen, muß diese Funktion durch andere übernommen werden. Daraus resultieren zwei Richtungen der Argumentation - auf der einen Seite, wie bereits erwähnt, die sozialpolitische Ordnungsfunktion der Wirtschaft und auf

<sup>27</sup> zum Verhältnis von Staat und Bürokratie vergl. Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie in MEW Bd.1 S.247-249

der anderen Seite eine (scheinbare) Aufwertung der ehrenamtlichen und Familienarbeit bei gleichzeitiger Erweiterung der Repressionsfunktion des Staates. Privatisierung sozialer Sicherung sowie die Entwicklung bzw. Aufwertung betrieblicher Formen der Absicherung, Auflösung des klassischen Flächentarifvertrages bzw. seine inhaltliche Neubestimmung können so begründbar gemacht werden, genauso wie Verschärfungen im Strafrecht und angrenzenden staatlichen Bereichen.

Dem könnte nun entgegengehalten werden, daß mit den **Globalisierungsprozessen** doch ein Argument vorliegt, das die Forderungen nach Deregulierung und Abbau sozialer Sicherungen zu belegen scheint. Freilich sind soziale Standards und die damit verbundenen Kosten ein Standortfaktor und wurde die Absenkung dieser Kosten in nicht wendigen Ländern als Faktor in der internationalen Konkurrenz zur Geltung gebracht. Aber - nur deshalb, weil viele etwas tun, ist nicht gesagt, daß die Handlungen deshalb tatsächlich auf universellen und unverrückbaren Wahrheiten beruhen - die Globalisierung als Ausdruck fortschreitender internationaler Arbeitsteilung und Vergesellschaftung, wie auch die Globalisierungsideologie, begründen nicht, warum Konkurrenz sein muß, warum dereguliert werden muß, warum das Verhältnis zwischen den Beiträgen der Unternehmen und denen der in ihnen Beschäftigten zu sozialen Leistungen so und nicht anders sein müssen - sie sagen nur, daß es woanders anders ist (oder zu sein scheint) - sie verlagern, aus methodischer Sicht, die Fragen, die die Neoliberalen durch den axiomatischen Ansatz ihres Ideologiekonstruktes umgehen (können), einfach nur auf das internationale Niveau.

Damit kommen wir zu einem weiteren wichtigen Ansatz. Soziale Leistungen werden als **willkürlich, beliebig variierbar und ausschließlich von subjektiven Wertungen abhängig betrachtet** - dem werden Investitionserfordernisse sowie Renditeerwartungen als harte Maßstäbe, denen ein objektiver Kern innewohnt, gegenübergestellt. Im Sprachgebrauch zeigt sich dies in der Unterscheidung von „harten“ und „weichen“ Standortfaktoren. Dabei wird den letztgenannten Faktoren - den Investitionserfordernissen und den Renditeerwartungen - eine Triebkraftfunktion zugewiesen, die sozialen Leistungen hingegen werden mit tendenziellem Mißbrauch, Besitzstandswahrung, Belastung identifiziert - ihnen wird so, offen oder verdeckt, eine bremsende, ja destruktive Funktion unterstellt.

Allerdings sieht sich Ideologie und Politik hier in einem offensichtlichen Dilemma. Der erreichte Entwicklungsstand, die Standortqualitäten sind, ob man dies nun will oder nicht, Ergebnis der Entwicklung wie sie war, und sie war eben bis in die achtziger Jahre durch einen relativ stabilen sozialstaatlichen Kompromiß und ein relativ gut ausgebautes System sozialer Sicherung gekennzeichnet. Motivation, Kreativität und soziales Verhalten (z.B. Familienkonzepte, Freizeitverhalten, Konfliktbewältigung) der Beschäftigten stand in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Stabilität und Langfristigkeit dieses Kompromisses und der damit verbundenen Institutionen, wie auch diese Faktoren untereinander in Wechselwirkung standen. Es bildete sich eine spezifische Qualität der Arbeitskraft, die im Rahmen dieses Kompromisses reproduziert wurde, heraus. Dies schloß immer ein aktives Verhalten der Beschäftigten ein - bis hin zu politischem und gewerkschaftlichem Handeln. In diesem Sinne ist die Variabilität in der Gestaltung von Bedingungen zur Herausbildung sozialer Beziehungen begrenzt. Krasse Eingriffe in die Reproduktionsbedingungen an einem Punkt, etwa in die Verlässlichkeit der sozialen Sicherung, führen notwendig zu Veränderungen in anderen Bereichen des Reproduktionsverhaltens - etwa in den Motivationen, in den Formen politischer Artikulation usw.

Zu diesem Sachverhalt entwickeln sich innerhalb der neoliberalen Konzepte unterschiedliche Herangehensweisen im Spektrum zwischen Ignoranz (wie sie z.B. im Rahmen der hier angesprochenen Initiative Umdenken zu finden ist) und einem mögliche krasse Widersprüche und Gegensätze akzeptierenden Herangehen, wie es durch die Aussagen der Zukunftskommission Bayern/Sachsen belegt ist.

## Das Gesellschaftsbild der Zukunftskommission Bayern/Sachsen

In ihrem Kern führt der Bericht der Zukunftskommission die verhältnismäßig moderat formulierten Forderungen der „Initiative“ zu praktischen Konsequenzen - die Gesellschaft soll entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft formiert werden - und das ohne Kompromisse. Damit knüpft von der Kommission vorgelegte Konzept an die Forderungen an, die in den achtziger Jahren und dann verstärkt auch in den neunziger Jahren von verschiedenen Einzelpersonen und Organisationen aufgestellt wurden - so z.B. durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Jahre 1994<sup>28</sup>. Entwickelt wird ein umfassendes Gesellschaftsbild, das offen Verhaltensweisen dekretiert.

Der Titel des in drei Bänden in den Jahren 1996 und 1997 vorgelegten Berichtes lautet „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen.“ Auch wenn dieser Titel nahelegt, den Bericht nicht als Gesellschaftskonzept aufzufassen, zeigen die Aussagen, daß wir hier ein solches Konzept vorliegen haben. Und dies ist angesichts der Bedeutung, die die Entwicklung der Arbeitswelt für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hat, und angesichts der Bedeutung der Beschäftigungskrise für die Gesamtsituation, durchaus verständlich. Insbesondere die Bestimmung der **Ursachen von Arbeitslosigkeit** macht dabei den weitergreifenden Ansatz der Kommission deutlich.

Im Punkt 2 der Leitsätze des Teil I des Berichtes (Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. veröffentlicht im Oktober 1996) wird als Grund für die steigende Arbeitslosigkeit „ein sinkendes Arbeitsvolumen bei steigender Erwerbsbeteiligung“ benannt. Dabei steht vor allem die „hohe Erwerbsbeteiligung“ von Frauen (vor allem in Ostdeutschland) in der Kritik. Die zweite hier bereits angesprochene Ursache von Arbeitslosigkeit ist das geringe Angebot von und die geringe Nachfrage nach geringbezahlten, personenbezogenen Dienstleistungen.

In den Leitsätzen zum Teil II des Berichtes vom Juli 1997, der sich mit den „Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern“ beschäftigt, heißt es unter Punkt 1: „Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wie in allen frühindustrialisierten Ländern hat viele Ursachen. Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden: In Deutschland wächst die Arbeitslosigkeit, weil **wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zusammen mit Sicht- und Verhaltensweisen großer Bevölkerungsteile** den Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung oder der Technik, Verschiebungen im weltwirtschaftlichen Gefüge u.a.m. nur **unzureichend Rechnung tragen** und wichtige gesellschaftliche Gruppen sowie die Politik **Anpassungen behindern.**“<sup>29</sup>

Auslöser der notwendigen Anpassung sei die „abnehmende Bedeutung der Erwerbsarbeit im Wertschöpfungsprozeß“ (Leitsatz 1 im Teil III), die tendenzielle Abnahme der „Menge der Erwerbsarbeit gemessen als Arbeitsvolumen pro Kopf der Wohnbevölkerung“ (Leitsatz 2 im Teil II). Gemeint ist hier eigentlich aber nur ein Aspekt der Arbeit - die konkrete Arbeit, die Arbeitstätigkeit in ihrer extensiven Dimension. Es wird weniger Zeit als früher gebraucht, um ein gleiches Produkt, oder auch ein besseres, zu fertigen. Unberücksichtigt bleiben hier die Arbeitsintensität sowie die **Qualität** (hier als Synonym zur Produktivität, Ergiebigkeit) von Arbeit und die Arbeitskraft als Träger von Fähigkeiten, Fertigkeit und Wissen. (Der verschwommene Begriff der Erwerbsarbeit selbst soll hier nicht weiter kritisiert werden. Er wird in dem Papier der Zukunftskommission als Synonym für Lohnarbeit, für Arbeitskraft und als moralische Kategorie benutzt und so als Mittel der Analyse und Darstellung als bereits mit

<sup>28</sup> vgl. Sozialstaat vor dem Umbau. Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit sichern, in: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) [Hrsg.], arbeitgeber, Köln 1994. bzw. die lfd. Geschäftsberichte der BDA. Im Mai 1998 stellte der Verband „Ordnungspolitische Grundsätze“ zur Sozialpolitik vor. (Sozialpolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Ordnungspolitische Grundsätze der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) [Hrsg.], arbeitgeber, Köln 1998.)

<sup>29</sup> Die Zitate sind den über Internet unter [http://www.sachsen.de/deutsch/links/data\\_buerger.html](http://www.sachsen.de/deutsch/links/data_buerger.html) verbreiteten Dateien entnommen und tragen daher keine Seitenzahlen

verschiedenen qualitativen Wichtungen behaftet eigentlich ungeeignet.) Unter Berücksichtigung der Realität würde sich die Frage also ganz anders stellen - tatsächlich **wächst** die „Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Wertschöpfung“; erst hohe Qualität und Intensität der Arbeit und das erreichte Entwicklungsniveau der Arbeitskraft, die die übrigen Kapitalbestandteile (hier Produktionsfaktoren genannt) sachkundig anwenden und die im Zuge der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Verselbständigung verschiedener Funktionen im Dienstleistungssektor) ausschöpfen kann, führen dazu, daß Arbeitskraft aus dem Gesichtswinkel der an den Märkten operierenden Unternehmen überflüssig **erscheinen kann**. Übersetzt man unter diesen Gesichtspunkten die These der Zukunftskommission, so müßte sie heißen: Wachsende Produktivität und Intensität der Arbeit wurde ermöglicht durch die Entwicklung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitskraft auf der einen und der Entwicklung der sachlichen Produktionsbedingungen und von Kooperationseffekten auf der anderen Seite. Die Ausweitung der Menge produzierter Güter und Dienstleistungen bzw. neu entstehende Sektoren nehmen die nun nicht mehr nachgefragte Arbeitskraft nicht mehr auf - die Produktivitäts- und Intensitätszuwächse sind zu groß. Damit sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft insgesamt - was dem Unternehmer als Marktkontrahent der Arbeitskraft erlaubt, den von ihm gebotenen Preis zu drücken. Der Unternehmer kann dies tun, weil die wachsende Konkurrenz unter den konkreten gegenwärtigen Bedingungen die Arbeitnehmerseite schwächt - er muß dies tun, um in der Konkurrenz der Unternehmen untereinander bestehen zu können. Von den sich bietenden Möglichkeiten wird nur eine überhaupt diskutiert - die, die auf eine Verbesserung der Konkurrenzposition durch radikalen Ausbau dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses gerichtet ist. Alle drei Bände des Berichtes drehen sich nun im Kern um die Frage, wie diese Verschiebung zu zementieren ist. Hier liegt auch der tatsächliche Inhalt des von den AutorInnen des Berichtes behaupteten Übergangs von einer „arbeitnehmerorientierten Industriegesellschaft“ zu einer „unternehmerischen Wissensgesellschaft“. **Die These von der „Bedeutungsminderung der Erwerbsarbeit“ wird benötigt, um eine sinkende Bedeutung der Interessen und Werte der Lohnabhängigen sowie ein Überflüssigwerden ihrer Organisationen zu begründen.** Sie wird benötigt, um so wiederum das Primat der Kapitalinteressen, die Legitimität der Ordnungsmacht des Kapitals, zu begründen.

Im Abschnitt „Zusammenfassung und Schlußfolgerungen“ des Teils II heißt es dann, diesen Zusammenhang weiter entwickelnd: „Insgesamt ist festzustellen, daß sich Sicht-, Empfindungs- und Verhaltensweisen oder kurz das individuelle und kollektive Handeln mehr oder minder großer Bevölkerungskreise auf der einen und der wirtschaftliche und gesellschaftliche Handlungsrahmen auf der anderen Seite nur zum Teil entsprechen. Dies trägt erheblich zur Arbeitslosigkeit bei.“ Allerdings wird der Kreis, dessen individuelles und kollektives Handeln nicht den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsrahmen entsprechen (soll), bei der Bestimmung der Ursachen der Beschäftigungskrise dann sehr eingeschränkt. Mit den hier zitierten Zwischenüberschriften werden folgende Ursachen im einzelnen hervorgehoben:

- „**Hohe Erwerbsbeteiligung vergrößert Arbeitslosigkeit**“
- „**Relativierung der Erwerbsarbeit wirkt ambivalent auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung**“
- „**Hohe und differenzierte Erwartungen an Erwerbsarbeit beeinträchtigen Beschäftigung**“
- „**Berufliche Immobilität beeinträchtigt Beschäftigung**“
- „**Mäßige zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität beeinträchtigen Beschäftigung**“
- „**Geringe Bereitschaft zu einfacher oder körperlich sowie zeitlich belastender Erwerbsarbeit beeinträchtigt Beschäftigung**“
- „**Langzeitarbeitslosigkeit beeinträchtigt Beschäftigungschancen**“
- „**Geringe Zahl von Existenzgründungen beeinträchtigt Beschäftigung**“
- „**Vermehrter Einsatz von Kapital und Wissen beeinträchtigt Beschäftigung**“ und in diesem Zusammenhang die „Arbeitskosten“

Generell wird die Verantwortung an der Beschäftigungskrise so den Beschäftigten und der Politik zugewiesen. Das konkrete Handeln der Unternehmen erscheint **nicht** als Ursache, es wird auch nicht untersucht. Ihr Handeln wird bestenfalls als, durch die den Veränderungen in



der Welt nicht entsprechenden Sicht- und Verhaltensweisen „großer Bevölkerungsteile“, **eingeschränktes Handeln** unterstellt - Unternehmer als Opfer einer bösen, ignoranten Welt. Dies könnte ja so sein - nur selbst in diesem Falle wäre diese, so unausgesprochene, These zu belegen.

Diese Stoßrichtung der AutorInnen des Zukunftsberichtes wird im Zusammenhang mit ihren Darlegungen zu den „**Gründen für hohe Arbeitskosten und Inflexibilität**“ noch deutlicher. Sie machen die Gründe im „sozial-kulturellen Bereich“, d.h. im „Menschen- und Gesellschaftsbild“ sowie im „institutionellen Bereich“, d.h. in der strukturellen „Verfestigung und Verkrustung der kartellartig organisierten Arbeitnehmerinteressen“, in „verkrusteten Arbeitsmarktmechanismen“ sowie in „Subventionen und staatlichen Regulierungen, die sich in einer entsprechenden Staatsquote niederschlagen“, aus.

Dabei wird anerkannt, daß „Arbeitskosten auch künftig nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial determiniert werden.“ Weiter heißt es: „Soweit sie [die Arbeitskosten] sozial determiniert sind, enthalten sie die Kosten jenes Menschen- und Gesellschaftverständnisses frühindustrialisierter Länder, wonach menschliche Arbeit mehr ist als nur ein Marktfaktor.“ Davon wird das zukünftige Hauptkonfliktfeld gesellschaftlicher Entwicklung abgeleitet: „Je mehr der sozio-kulturelle Wert und der wirtschaftliche Marktwert von Arbeit auseinanderfallen, desto mehr steigt aber die Arbeitslosigkeit. Sie kann damit nicht zuletzt auch Folge des normativen Wertesystems frühindustrialisierter Länder, besonders aber Westeuropas sein. Um so schwieriger gestaltet sich eine produktivitätsorientierte Entlohnung im niedrig produktiven Bereich. Sie führt entweder zu einer deutlichen Absenkung des Lebensstandards der dort Beschäftigten, was nicht ohne Rückwirkungen auf die gesellschaftliche Armut bleiben könnte, oder sie setzt erhebliche Umverteilungsströme in Gang. Durch beides würde das gesellschaftliche Gefüge spürbar verändert.“

An erster Stelle stellt sich hier eine einfache Frage - können der „sozio-kulturelle Wert“ und der „wirtschaftliche Marktwert von Arbeit“ tatsächlich in dieser Weise voneinander getrennt werden? Sie sind nicht trennbar, können in diesem Sinne auch nicht „auseinanderfallen“. Der Mensch reproduziert sich, erhält seine Arbeitskraft und seine Marktfähigkeit ganzheitlich - wer seine Fähigkeiten im Unternehmen anwenden will muß auch einen Beitrag zur Reproduktion seiner sozialen Beziehungen außerhalb des Unternehmens leisten. Im Abschnitt „Zusammenfassung und Schlußfolgerungen“ des Teil I spricht die Kommission selbst diesen Zusammenhang, aber offensichtlich unbewußt, an: Sie macht darauf aufmerksam, daß „materieller Lebensstandard, Produktivität und Innovationskraft“ in Deutschland deutlich höher als in anderen Ländern, auch „wirtschaftlich sowie beschäftigungsmäßig scheinbar erfolgreicher“, liegen.

Sehr wohl können sich die Bedingungen der Reproduktion in den verschiedenen Bereichen verändern - dann verändert sich aber zwangsläufig auch das „gesellschaftliche Gesamtgefüge“, was die Zukunftskommission völlig richtig konstatiert. Nur ist dies nicht die Folge des „Auseinanderfallens“ irgendwelcher Bestimmungen, sondern konkreter Bedingungen - seien sie materieller Natur oder seien sie politischer bzw. sozialer Natur, d.h. also der Veränderung der gesellschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der Akteure, Klassen, Schichten. **Die mit der These des Auseinanderfallens von „sozio-kulturellem Wert“ und „wirtschaftlichem Marktwert“ suggerierte Möglichkeit, sie einander „anzunähern“ und damit die Probleme im Zuge einer entsprechenden Veränderung „gesellschaftlicher Gefüge“ zu lösen, bestimmt, so zeigen vor allem die im Teil III (Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage vom November 1997) vorgeschlagenen Wege, das hier präsentierte Gesellschaftsbild in erheblichem Maße.**

Letztlich liegt hier auch die Begründung für die Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines Niedriglohnssektors.

Betrachten wir aber nun die Vorschläge, die die Kommission im Teil III unterbreitet.

Die Kommission empfiehlt „eine Strategie wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erneuerung sowie eine Strategie der Anpassung an Veränderungen, die aus der Bedeutungsinderung von Erwerbsarbeit erwachsen. Beide Strategien müssen zeitgleich durchgeführt und durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen ergänzt werden. Darüber hinaus müssen institutionelle Rahmenbedingungen verändert werden.“ (Teil III Leitsatz 1)

Betrachten wir einige Punkte genauer (Eine umfassende Kritik des Gesellschaftskonzeptes soll und kann hier nicht vorgenommen werden. Entsprechend dem Gegenstand der Darlegungen soll es hier um die Darstellung grundlegender Linien in diesem Konzept gehen.).

In den Mittelpunkt der **Erneuerungsstrategie** wird gestellt:

1. die „Weckung unternehmerischer Kräfte“, wozu „vorrangig individuelle Sicht- und Verhaltensweisen sowie kollektive Leitbilder in den Bereichen von Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge verändert werden“ müssen (Teil III Leitsatz 4) bzw. ein gesellschaftliches Klima, das unternehmerisches Handeln anerkennt, ermutigt und fördert“ (Teil III Leitsatz 5). Was aber sind „unternehmerische Kräfte“, was ist „unternehmerisches Handeln“? Unter 11.11 heißt es dazu: „Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.“ Ein Leitbild, daß seit über hundert Jahren Realität ist - wenn Unternehmer durch Warenbesitzer/Marktagent ersetzt wird... Die Vermarktung der eigenen Arbeitskraft ist von jeher entscheidendes Charakteristikum des Proletariers/Arbeiters/abhängigen Beschäftigten - wie dies auch immer zu verschiedenen Zeiten bezeichnet wurde. Worin soll hier das Neue bestehen? Zumal die AutorInnen des Berichtes selbst feststellen, daß auch in der „unternehmensorientierten Wissensgesellschaft“ „in überschaubarer Zukunft die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung einer abhängigen Beschäftigung nachgehen und durch diese einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts verdienen“ wird. Das einzige was „neu“ ist, ist, daß die abhängig Beschäftigten ihre im wesentlichen **gemeinsam** über die Gewerkschaften und durch die Durchsetzung, so oder so staatlich garantierter sozialer Sicherungen errungenen Marktpositionen aufgeben sollen. **„Weckung unternehmerischer Kräfte“ bedeutet so nichts anderes, als daß sich die abhängig Beschäftigten selber und bewußt in die Konkurrenzverhältnisse einbringen sollen** - aber bitte nicht gemeinsam, sondern als Individuen. Ohne Berücksichtigung, und dies ist nicht verwunderlich, bleibt dabei wiederum die Realität - die Chancen im Konkurrenzkampf zwischen Anbieter und Abnehmer auf dem Arbeitsmarkt fallen in der heutigen Welt kraß auseinander. **Es sollen mit diesem Konstrukt mehrere miteinander verbundene Ziele realisierbar werden: die Brechung der Solidarität der Beschäftigten untereinander, die Zerschlagung der diese Solidarität repräsentierenden Institutionen - die Gewerkschaften und die Sozialversicherungssysteme, die Integration der Beschäftigten in die Unternehmensstrategien, die Einbeziehung von Teilen der Arbeitseinkommen als Akkumulationsquellen in die Kapitalkreisläufe und schließlich die Erschließung neuer Anlagesphären durch Privatisierungen öffentlicher Leistungen.** Das erwartete Resultat ist ein zweifaches - eine durchgreifende Kostensenkung und ein „investitionsfreundliches Klima“.

Und genau diese Punkte finden sich im weiteren Verlauf der Darlegungen:

2. Veränderungen im Bildungswesen mit dem Ziel, den „unternehmerisch handelnden Menschen“ als Bildungsziel festzuschreiben (Teil III Leitsatz 5)
3. „Intensivierung des Wettbewerbs“ (Teil III Leitsatz 6)
4. Privatisierung öffentlicher Leistungen (Teil III Leitsatz 6)
5. Verbesserung „der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten“ (Teil III Leitsatz 7)
6. Durchsetzung einer „kapitalgedeckten“ Altersvorsorge (Teil III Leitsatz 8)

In den Mittelpunkt der **Anpassungsstrategie** werden folgende Aktivitäten gestellt:

1. „Senkung der Arbeitseinkommen“ (Teil III Leitsatz 9)
2. „Vermehrung einfacher, personenbezogener Dienste“ (Teil III Leitsatz 10)
3. „Verminderung des individuellen Angebots von Erwerbsarbeit“ (Teil III Leitsatz 12) durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und individuelle Arbeitszeitverkürzung.

Diese Maßnahmen sollen durch weitere „flankiert“ bzw. ergänzt werden:

1. durch „nicht-marktgängige, gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit“ (Teil III Leitsatz 13)
2. durch ein „Bürgergeld“ (Teil III Leitsatz 13)
3. durch Ausrichtung der Tarifverträge an betrieblichen Anforderungen, „Erhöhung der räumlichen Mobilität“, die „Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit und des Personaleinsatzes“, „konsequente Umsetzung der Zumutbarkeitsforderungen“ u.a. (Teil III Leitsatz 14)
4. „tiefgreifende Regionalisierung politischer Zuständigkeiten und Verantwortung“ (Teil III Leitsatz 15)
5. sowie durch die Einführung von „Vorsorgeformen, die gekennzeichnet sind einerseits von einem Höchstmaß individueller Gestaltungsmöglichkeiten und individueller kapitalgedeckter Vorsorge und andererseits von umlagefinanzierten gesetzlichen Sicherungssystemen, die eine existenz-, aber in der Regel keine lebensstandardsichernde Versorgung gewährleisten.“ (Teil III Leitsatz 16)

Das Gesellschaftsbild, das dahinter steht, soll hier am Beispiel des Umgang mit dem Niedriglohnsektor illustriert werden. Nachdem begründet wird, daß dieser Sektor nötig ist, allerdings auch Probleme mit sich bringt, schreiben die AutorInnen:

„Diese insgesamt positiven Wirkungen gehen jedoch einher mit wachsender materieller und immaterieller Ungleichheit. Wird das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum spürbar gesenkt, verändern sich die Erscheinungsformen von Armut. In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. Auch hier sind die Erfahrungen, die in den USA und anderen Ländern gesammelt werden können, recht eindeutig. Wird zugleich an den bestehenden Systemen der sozialen Sicherheit namentlich der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten, steigt - sofern keine sonstigen Einkommensquellen vorhanden sind - die Zahl der Sozialhilfeberechtigten, da bei niedrigen Erwerbseinkommen häufig keine existenzsichernden Transferansprüche mehr erworben werden können. Letzterer Entwicklung kann vorgebeugt werden, wenn existenzsichernde Transferansprüche, vor allem im Alter, unabhängig von vorangegangener Erwerbsarbeit und den hierbei erzielten Erwerbseinkommen gewährt werden. Nur dann können Erwerbseinkommen deutlich sinken, ohne daß Rentenbezieher in wachsender Zahl sozialhilfebedürftig werden.“

Die Nachteile der defensiven Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muß auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist. Bis dahin müssen sich die Politik, aber auch die Gesellschaft insgesamt auf schmalen Grat bewegen. Einerseits darf die soziale Ungleichheit nicht die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Andererseits darf der notwendige und wünschenswerte Wandel der Gesellschaft nicht behindert werden. Wenn sich dadurch die Einkommenssituation von Bevölkerungsteilen verschlechtert, ist dies die Folge der bislang unzulänglichen Anpassung der Wirtschaft, vor allem aber der Gesellschaft an die wissens- und kapitalintensive Produktionsweise unter Bedingungen der Globalisierung. Diese Anpassung ist unvermeidlich, um auch künftig breiteste Bevölkerungsschichten an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen.“ (Teil III Zusammenfassung und Schlußfolgerungen)

Betrachten die Autoren (es sind in den vorliegenden Beiträgen tatsächlich nur Männer) im Rahmen der „Initiative Umdenken“ ihre Einzelvorschläge zum Umbau der verschiedenen Elemente von Staat und Sozialstaat als in mehr oder weniger sich automatisch wiederherstellende gesellschaftliche Gleichgewichtszustände eingebettet, bekennen sich die AutorInnen des Berichtes der Zukunftskommission bewußt, billigend und mit Konsequenz zu den mit ähnlichen Maßnahmen verbundenen Folgeentwicklungen. Mehr noch - sie binden sie tatsächlich in ein gesellschaftliches Gesamtkonzept ein. Hier liegt auch ein Unterschied zu den Positionen, wie sie z.B. die BDA vertritt. In den am 11.Mai 1998 der Öffentlichkeit vorgestellten Ordnungspolitischen Grundsätzen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände („Sozialpolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“) heißt es: „Wir wollen und brauchen **kein radikal neues Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept** in Deutschland. Wir wollen und müssen **das erfolgreiche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft neu zur Geltung bringen** und zukunftsfähig machen. Wenn wir heute die notwendigen Reformen auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vorantreiben, dann können wir optimistisch in die Zukunft blicken.“

Damit handelt es sich um zwei auf gleicher Basis sich bewegende, aber zweifelsfrei mit unterschiedlichen politischen Konsequenzen verbundene Herangehensweisen, auch wenn erstere zwangsläufig in letzterer mündet. Sind die Konzepte ersterer im Selbstverständnis eigentlich rückwärtsgewandt, im Sinne der Wiederherstellung eines bereits wenigstens erdachten „vernünftigen“ und „moralischen“ Systems, ist letzteres im Selbstverständnis offensiv, handlungsorientiert, den Bruch mit dem bisherigen Gesellschaftsverständnis offen aussprechend und befördernd. Könnten erstere noch als Ideologen des Umbruchs betrachtet werden, sind letztere bereits die Praktiker. Stehen erstere letztlich den Romantikern nahe(wie sich dies etwa in der Gesellschaftsversimplifizierung und -verklärung in den „Wiesbadener Grundsätzen - Für eine liberale Bürgergesellschaft“ der F.D.P. manifestiert), vertreten letztere eine pragmatische Politik, „die tut, was getan werden muß“.

Der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith, einer der bedeutendsten Kritiker einäugig neoliberaler Gesellschaftspolitik, charakterisiert den sozialen Hintergrund dieser Ideologierichtung mit Blick auf die Verschärfung des Gegensatzes Arm-Reich völlig zutreffend wie folgt: „Ehe sie die Kosten übernehmen, ist es für die Gutsituierten viel einfacher, Mängel im Charakter derjenigen zu finden, die zur unteren Klasse gehören, und zunehmend auch Mängel in den Einwanderungsgesetzen und ihrer Anwendung. Und eine soziale Tugend zu entdecken in einem scheinbar prinzipiellen Widerstand gegen die Steuern und den sich einmischenden Staat. Und, wenn Ärger droht, nach mehr Polizei zu rufen und schärferen Gerichtsurteilen oder in die Vororte umzuziehen.

Es liegt in der Natur der Wohlhabendengemeinde, eine auf den eigenen Schutz fixierte, kurzfristige Sicht der eigenen Position an den Tag zu legen. Es muß wiederholt werden, daß es keine wesentliche Maßnahme gibt, um Armut zu vermindern oder das Leben der Armen zu verbessern und die friedentiftende soziale Mobilität der Unterschichten zu gewährleisten, die nicht staatliche Aktionen erfordert, obwohl es so wortgewaltige, wie scheinbar kluge Argumente für das Gegenteil gibt. Der Zweck des letzteren besteht nicht darin, Lösungen zu finden, sondern die Reichen vor einem schlechten Gewissen und Kosten zu bewahren.“<sup>30</sup>

### ***Kommunitarismus - zurück zur Gemeinschaftlichkeit?***

Diese Versuche der Vermittlung zwischen Ideologie und Realität sind freilich Versuche mit der Brechstange, und sei sie mit Professorentiteln geschmückt. Es gibt da subtilere Formen. Dabei sei nochmals betont, daß alle hier betrachteten Richtungen an realen Problemen anknüpfen. Sie versuchen, entsprechend tieferliegenden Prämissen Antworten auf die Frage der Sicherung der Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft anzubieten. Selbst bei Bejahung der

---

<sup>30</sup> Galbraith, John Kenneth, Die Geschichte der Wirtschaft im 20.Jahrhundert, Hoffmann und Campe, 1. Aufl., Hamburg 1995. S. 281

gesellschaftlichen Grundstrukturen, insbesondere der wirtschaftlichen, schließen diese Antworten durchaus unterschiedliche und z.T. scheinbar gegensätzliche Richtungen ein. Es stellt sich die Frage, ob sich derzeit tatsächliche Alternativen zum neoliberalen Gesellschaftsbild ausmachen lassen, oder ob es sich bei den derzeit diskutierten Konzepten tatsächlich nur um graduelle Abstufungen neoliberaler Weltsicht handelt.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Untersuchung der unter dem Begriff des **Kommunitarismus** zusammengefaßten gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen. Sie werden teilweise als eine solche Alternative aufgefaßt und präsentieren sich auch oft als eine solche Alternative. Nicht zuletzt der zu beobachtende Einfluß der Kommunitarismus-Debatte auf die gesellschaftspolitische Debatte in Deutschland generell (so z.B. bei den GRÜNEN), sondern auch die in den sozialdemokratischen Konzepten spürbare Nähe zu einigen Gedanken der Kommunitaristen oder die im Umfeld von Tony Blair entwickelten gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen einer „stakeholder society“ lassen daher eine nähere Betrachtung erforderlich erscheinen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den sozialen Hintergrund der Entstehung und Entwicklung dieser Denkrichtung zu berücksichtigen, die für ihre gesellschaftspolitische Wirkung nicht unerheblich ist. Bezugspunkt der kommunitaristischen Vorstellungen ist das Leben der US-amerikanischen Mittelschichten. Die Verunsicherung ihrer Lebensbedingungen in Verbindung mit den spezifischen US-amerikanischen individualistischen Traditionen reflektieren sich im Kommunitarismus in einem eigentümlichen korporatistischen Gesellschaftsmodell, das sich sowohl von der Gesellschaftskonzeption der Zukunftskommission, als auch von den ebenfalls korporatistischen Auffassungen der Schröder-Fraktion in der SPD unterscheidet.<sup>31</sup> Das wird für die Bewertung der Richtung erhebliche Bedeutung haben.

Ähnlich wie die AutorInnen der Zukunftskommission stellen die Kommunitaristen konsequent den Reproduktionsprozeß gesellschaftlicher Beziehungen unmittelbar in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Allerdings nähern sie sich dem Problem nicht über die Frage nach dem Bestehen in der globalen Konkurrenz, sondern unmittelbar und direkt über die Frage, wie der soziale Zusammenhalt in einer Welt zunehmender Atomisierung der Individuum, zunehmender Gewalt und Armut in der Gesellschaft gesichert werden kann.

Amitai Etzioni, einer der profiliertesten Vertreter dieser Richtung, bezeichnet das „Gleichgewicht zwischen Persönlichkeitsrechten und individueller Autonomie einerseits und den Erfordernissen einer sozialen Ordnung andererseits als Grundvoraussetzung eines guten, funktionierenden Gemeinwesens“ als den „Dreh- und Angelpunkt einer kommunitaristischen Philosophie“.<sup>32</sup> Der bei den FDP-Liberalen immer wieder deutlich gemachte Anspruch auf Umgestaltung von Verteilungsverhältnissen spielt hier (scheinbar) eine untergeordnete Rolle - er tritt auf jeden Fall weit in den Hintergrund.

Etzioni will sich mit der gewählten Fragestellung deutlich von den „Laissez-faire-Konservativen, neoliberalen, individualistischen Marktapologeten und sogenannten „Libertären“ wie auch von „religiösen Fundamentalisten und ihren areligiösen Verbündeten am rechten Rand des politischen Spektrums“ absetzen und gleichzeitig mit ihnen einen Dialog in

---

<sup>31</sup> Leider ist an dieser Stelle nicht genügend Raum, um auf die Problematik der Art und Weise des Aufgreifens der kommunitaristischen Diskussion in der Bundesrepublik einzugehen. Oft wird hier das soziale Umfeld, in dem sich die kommunitaristischen Konzepte entwickeln, vernachlässigt, und so eine oberflächliche „Entstaatlichungs“-Debatte geführt. Den US-amerikanischen Kommunitaristen geht es darum, eine Qualität sozialer Handlungsfähigkeit zu erreichen, die der deutsche Sozialstaat bereits (oder noch?) gewährleistet. Die sich hier stellende Frage der Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme kann mit den originär-kommunitaristischen Herangehensweise nur unzureichend erfaßt werden.

<sup>32</sup> Etzioni, Amitai, Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie, in: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Lizenzausgabe), Darmstadt 1997. S.9

Gang setzen. Kommunitaristisches Denken, so der Autor, sei die einzige realisierbare und wirksame Alternative zum Versuch, den Menschen Tugenden und Werte aufzuzwingen.<sup>33</sup> Halten wir also fest, daß der **Kommunitarismus im Verständnis Etzionis ein Versuch ist, Wege zu finden, ohne Zwang ein solches Verhalten von Menschen zu erreichen, das, verkürzt gesagt, die Erhaltung und Reproduktion des Gemeinwesens, der Gesellschaft, sichert.** Er schreibt: „Das kommunitaristische Bestreben, wie ich es verstehe, zielt ... darauf, einen Weg zu finden, der Elemente der Tradition (auf Tugenden basierende Ordnung) mit Elementen der Moderne (gut geschützte Autonomie) verbindet. Folglich gilt es, ein Gleichgewicht zu finden zwischen universalen individuellen Rechten und dem Gemeinwohl..., zwischen dem Selbst und der Gemeinschaft. Vor allem aber muß der Frage nachgegangen werden, wie ein solches Gleichgewicht praktisch verwirklicht und bewahrt werden kann.“<sup>34</sup> An anderer Stelle bemerkt er: „Das kommunitaristische Paradigma...erkennt die Notwendigkeit an, soziale Bindungen als Voraussetzung der Aufrechterhaltung sozialer Ordnung zu fördern, ist sich jedoch gleichzeitig bewußt, daß nicht alle autonomen Ausdrucksformen durch solche Bindungen unterdrückt werden dürfen.“<sup>35</sup>

Auffällig ist, daß in dieser Denkrichtung der ursprüngliche Erhardsche Ansatz wieder aufgegriffen wird - die Reproduktion der Gesellschaft tritt wieder **offen und ausgesprochen** in den Mittelpunkt. Aus historischer Sicht ist diese Parallellität angesichts der tiefen sozialen und Regulierungskrise verständlich. Es geht Etzioni genauso wie dazumal Erhard um ein zukunftsfähiges Gesellschaftskonzept.

Der Autor stellt am Ausgangspunkt seiner Darlegungen völlig zutreffend fest, daß alle Gesellschaften, wollen sie nicht ihren Fortbestand gefährden, ein Minimum an sozialer Ordnung aufrechterhalten müssen.<sup>36</sup> Dies bedeutet gleichzeitig, und auch hier ist ihm weitgehend zuzustimmen, daß „die soziale Ordnung einer jeden Gesellschaft auf zumindest einige Prozesse angewiesen (ist), die ein gewisses Maß an Zeit, Aktivität, Energie und Loyalität der Gesellschaftsmitglieder für den Dienst an einem oder mehreren gemeinsamen Zielen zu mobilisieren vermögen.“<sup>37</sup>

Die Antwort auf die Frage, **welche** Gesellschaft, **welche** Qualität von Gemeinwesen Etzioni und die Kommunitaristen für erhaltens- und sichernswert halten, muß darüber entscheiden, ob die Behandlung dieser Denk- und Politikrichtung überhaupt in den hier betrachteten Zusammenhang gehört, oder ob diese Richtung gar als Alternative zu neoliberalen Gesellschaftsvorstellungen betrachtet werden kann, wie die Etzioni selbst in seinen Ausführungen nahelegt. Man muß sich dabei immer vergegenwärtigen, daß es sich hierbei nicht um ein Konzept von Sozialarbeit, sondern um ein Gesellschaftskonzept handelt.

Etzioni beantwortet die Frage nach der von ihm angestrebten Gesellschaft, der **guten Gesellschaft**, wie er sie nennt, auf der ersten Stufe folgendermaßen: „Eine gute Gesellschaft benötigt eine Ordnung, die den moralischen Bindungen ihrer Mitglieder entspricht.“<sup>38</sup> Er setzt dann später fort: „Die Ordnung guter kommunitaristischer Gesellschaften stützt sich ... maßgeblich auf normative Mittel (Erziehung, Führungskraft, Konsens, Gruppendruck, Verweis auf Rollenmodelle, Ermahnung, und vor allem die moralische Stimme von Gemeinschaften).“<sup>39</sup>

Also ganz ohne Zwang geht es wohl doch nicht. Und das behauptet Etzioni so auch nicht.

Etzioni beschreibt den Unterschied zwischen den Sozialkonservativen und den Kommunitaristen in folgenden Punkten:

---

<sup>33</sup> ebenda S. 12; auch S.29

<sup>34</sup> ebenda S.19

<sup>35</sup> S.54f.

<sup>36</sup> ebenda S.33

<sup>37</sup> ebenda

<sup>38</sup> ebenda S.36

<sup>39</sup> ebenda S.37

1. für die Kommunitaristen besteht zwischen „Autonomie“ und „Ordnung und Tugenden“ (an anderer Stelle Sozialordnung genannt) eine grundsätzliche Gleichrangigkeit, keines dominiert das andere<sup>40</sup>

2. Kommunitaristen setzen, so Etzioni, „Vertrauen in das Vertrauen“ und suchen die Menschen von der Werthaftigkeit ihrer Einstellungen zu überzeugen, indem sie (die Kommunitaristen) sich auf die „moralische Stimme der Gemeinschaft, auf Erziehung, Überzeugungskraft und Appelle verlassen“.<sup>41</sup>

Dabei erkennt Etzioni durchaus an, daß, im Unterschied zu den Auffassungen verschiedener Liberaler von einer „ungebundenen Autonomie“, der Mensch als solcher nie autark ist, der Grundsatz, daß man alles tun dürfe, was anderen nicht schade, daher unhaltbar sei. Er sagt: „Entscheidend ist jedoch, daß es autarke Individuen, wie sie sich die Individualisten vorstellen, nicht gibt und niemals geben wird.“<sup>42</sup> In durchaus origineller Weise argumentiert Etzioni gegen das Menschenbild der „Individualisten“: „Es gibt weder die Spur eines Beweises noch irgendeinen vernünftigen Grund für die Annahme es hätte jemals reine Individuen gegeben, die sich ihrer jeweiligen Werte bewußt waren, einzeln durch die Wälder streiften und zusammenkamen, um wohlüberlegt jene Gemeinschaft zu gründen, die ihren individuellen Zwecken und normativen Neigungen entsprach.“<sup>43</sup>

Der Autor entwickelt dieses Konzept auch mit Hinweis darauf, daß die Kategorie des „Schadens“ schlichtweg nicht meßbar sei - und wenn man es versuche, daraus die Folge völliger Entscheidungsunfähigkeit resultiere - es gibt keine Handlung, die nicht in irgendeiner Weise irgend jemandem schaden könnte.<sup>44</sup> Darauf stellt auch seine Argumentation hinsichtlich möglicher Beschränkungen der Verfügung über Privateigentum ab.<sup>45</sup>

Den Konzepten der „ungebundenen Autonomie“ stellt Etzioni das Konzept der „sozial konstruierten Autonomie“ gegenüber.<sup>46</sup> Dieses Konstrukt besitzt eine gewisse Schlüsselbedeutung für das Verständnis des Gesamtkonzeptes. Autonomie bedeutet für die Kommunitaristen eine ganz bestimmte **Qualität** individueller Entscheidungsfreiheit - das Individuum soll anderen nicht nur abstrakt nicht schaden können, sondern in seinen Handlungen so in gesellschaftliche Beziehungen eingebunden sein, daß tatsächlich allen anderen Individuen und Teilgruppen Chancen und Legitimation zur Artikulation ihrer besonderen Werte, Bedürfnissen und Vorlieben geboten werden.<sup>47</sup> Dies erläutert der Autor im weiteren Verlauf in dem Sinne, daß sich Ordnung und Autonomie nicht in einem „Nullsummen-Verhältnis“ stehen, also ein mehr an Ordnung etwa automatisch zu einem weniger an Autonomie führen würde.<sup>48</sup> Vielmehr stünden beide in einem „symbiotischen Verhältnis“<sup>49</sup>, sie befruchten einander. Damit, so Etzioni weiter, wird „die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich anzupassen und wandlungsfähig zu sein“ gesteigert. Er führt aus: „Um stabil zu bleiben, müssen Gesellschaften metastabil, d.h. wandlungsfähig sein. Nur beständige Erneuerung ermöglicht es ihnen, übergreifende Grundmuster zu bewahren.“<sup>50</sup>

Etzioni charakterisiert hiermit die wesentliche gesellschaftspolitische Ausrichtung der kommunitaristischen Konzeption - die Bewahrung „übergreifender Grundmuster“. Obwohl Etzioni an anderer Stelle die „Historizität von Autonomie- und Ordnungskonzepten“ hervorhebt<sup>51</sup>, kommt er an keiner Stelle zu weitergehenden Begründungen der „übergreifenden

<sup>40</sup> ebenda S.39

<sup>41</sup> ebenda S.41

<sup>42</sup> ebenda S.46

<sup>43</sup> ebenda S.138

<sup>44</sup> ebenda S.45f.

<sup>45</sup> ebenda S.47

<sup>46</sup> ebenda S.49f.

<sup>47</sup> ebenda S.49

<sup>48</sup> ebenda S.63

<sup>49</sup> ebenda S.64

<sup>50</sup> ebenda S.49

<sup>51</sup> ebenda S.66f.

Grundmuster“. Genauso, wie er an keiner Stelle die Strukturiertheit der Gesellschaft tatsächlich analysiert. Für ihn erschöpft sie sich in Gruppierungen nach moralischen Werten, Vorlieben etc. Der Autor schreibt: „Eine funktionierende Gesellschaft muß sich letztlich auf Kultur und Tradition sowie auf die ihnen innewohnenden Werte stützen.“<sup>52</sup> Er beschränkt das Verhalten der Menschen zueinander auf moralisches Verhalten - die Realität der Marktkonkurrenz und die Realität der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Beschäftigten finden als solche in der Konzeption Etzionis nicht statt. Lediglich in einer ihrer **Erscheinungen** - als Kampf von Werten wird sie berücksichtigt. Dadurch, daß die Entstehung der „Grundmuster“ nicht untersucht und die „Grundmuster“ selbst nicht in Frage gestellt werden, erschöpft sich auch der Kommunitarismus in der Apologetik des Bestehenden.

Dies wird besonders deutlich, wenn sich Etzioni mit der Rolle **Demokratie** beschäftigt. So führt er aus, daß Kommunitaristen den Kulturrelativismus ablehnen, „um globale moralische Dialoge zu fördern“.<sup>53</sup> „Bestimmte moralische Werte“ sollen „kulturübergreifend“ unterstützt werden. Er wendet sich dagegen, anderen Ländern/Kulturen eigene Werte durch Boykott, Intervention usw. aufzwingen zu wollen - gut. Er kritisiert Ansichten, nach denen in Ländern der sog. Dritten Welt demokratische Rechte erst dann aktuell werden, wenn sie ein gewisses Maß wirtschaftlicher Stabilität erreicht haben - so abstrakt gesehen auch richtig. Auch richtig ist, daß alle Gesellschaften das Recht anerkennen sollten, „der jeweils anderen moralische Forderungen entgegenzuhalten und sich umgekehrt von anderen entgegenhalten zu lassen.“<sup>54</sup> Dann allerdings heißt es bei ihm: „In Wirklichkeit war die soziale Ordnung in den westlichen Gesellschaften der 50er Jahre intakt...Und die relativ jungen Phänomene sozialer Unordnung, die ein Zeichen für den Niedergang der moralischen Infrastruktur sind, können sehr wohl innerhalb der politischen Struktur dieser Gesellschaft überwunden werden.“<sup>55</sup> Diese Aussagen kollidieren nun offensichtlich mit der sozialen Wirklichkeit. Die „soziale Ordnung“ war nicht in den USA noch sonst in anderen Ländern der „westlichen Welt“ so kritiklos „intakt“. Und ob der „Niedergang der moralischen Infrastruktur“ im Rahmen der gegebenen politischen Struktur überwindbar ist, begründet Etzioni auch nicht - das kann sein, muß aber nicht - wenn man nicht den gegenwärtigen Zustand als Ende von Geschichte verstanden wissen will. Was aber soll das Ergebnis eines „globalen Dialogs“, was die Aussage einer „gesellschaftsübergreifenden Stimme der Moral“ sein, wenn einer der „Dialogpartner“ sein moralisches Konstrukt auf eine krasse Fehldarstellung eigner Entwicklung aufbaut?

Die Sackgasse, in die Etzionis Konstrukt letztendlich führt, wird auch an einem weiteren Punkt deutlich. Zwar lehnt er das neoliberale Axiom, daß der Mensch von Natur aus „Marktmensch“ und als Konsument souverän sei ab<sup>56</sup>, aber er **bietet keine alternative Erklärung des Verhaltens der Menschen auf dem Markt** an, geschweige denn eine Interpretation des Verhältnisses zwischen Markt- und sozialem Verhalten oder entsprechende Schlußfolgerungen. Seine umfangreichen Darlegungen zu den Wegen der Verwirklichung des Gleichgewichtes von „Autonomie“ und „Ordnung“ sind sehr interessant. Etzioni betont die Rolle von „moralischen Dialogen“<sup>57</sup>, der „moralischen Infrastruktur“<sup>58</sup>, von ehrenamtlicher Arbeit, von Nachbarschaftshilfe etc. Diese sollen zwischen der „Ordnung“ und der „Autonomie“, zwischen „Staat“ und „Individuum“, zwischen „Individualismus“ und „Moral“ vermitteln. **Das Problem ist nur - möglicherweise sind diese Konzepte für Sozialarbeit und vielleicht auch für bestimmte Fragen der Kommunalpolitik nützlich, aber als Gesellschaftskonzept sind sie unzureichend. Alle Darlegungen und Konzepte werden abgelöst von deren Ursachen, wie sie durch die Gesellschaft insgesamt gesetzt werden, behandelt.**

---

<sup>52</sup> ebenda S.138; auch S.279ff.

<sup>53</sup> ebenda S.302

<sup>54</sup> ebenda S.305

<sup>55</sup> ebenda S.305

<sup>56</sup> ebenda S.217

<sup>57</sup> ebenda vgl. S.213, auch S.283ff.

<sup>58</sup> ebenda vgl. S.235; d.h. Familie, Schule, Vereine u.dergl.



Und dies ist wiederum vor dem sozialen Hintergrund dieses Gesellschaftskonzeptes verständlich. Natürlich stellt der US-amerikanische Mittelstand die ökonomischen Grundlagen und die Mechanismen wirtschaftlicher Macht der US-amerikanischen Gesellschaft nicht in Frage; die kommunale/lokale Ebene ist aber wiederum auch die einzige Ebene, auf der diese soziale Schicht überhaupt noch handlungsfähig sein kann. Und sie **muß** in Interesse ihres Überlebens auf dieser Ebene handeln, weil dies niemand für sie tun wird. Hier besteht ein grundlegender Unterschied zwischen der US-amerikanischen Kommunitarismus-Debatte und der deutschen Sozialstaatsdebatte, der oft verkannt wird. Indem in der deutschen Debatte immer der Bezug zu den Traditionen und Zielen der Arbeiterbewegung gegenwärtig ist, nehmen hier die auch in dieser Debatte gegenwärtigen korporatistischen Elemente eine andere Ausprägung an.

So entsteht ein auf den ersten Blick paradoxes Bild - obwohl Etzioni tatsächliche Lebensprobleme der Gesellschaft aufgreift und viele richtige Dinge sagt, die die Bewahrung des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft, soziale Verantwortung und die Kritik neoliberaler Auffassungen betreffen, ist das Ergebnis aus gesellschaftskonzeptioneller Sicht kein anderes, als es von den Neoliberalen vorgeschlagen wird. Er tritt völlig berechtigt der Vergötzung des Marktes durch die Neoliberalen entgegen - analysiert dann aber den Markt nicht, sondern „denkt“ den Menschen **neben** dem Markt.

In Bezug auf das entworfene Bild von Gemeinschaftlichkeit sind die Probleme, mit denen sich die kommunitaristische Gesellschaft auseinandersetzen hat, aus seiner Sicht äußerliche, von **außen** an die Gemeinschaft hereingetragene Probleme. Die Rezepte, die Etzioni anbietet, sind entsprechend Reparaturkonzepte, die nicht an die tatsächlichen Ursachen angreifen, im Gegenteil, diese Ursachen in ihrer Wirkungsmacht verstärken. Der erwartete Gewinn von Handlungsfähigkeit auf lokaler Ebene bzw. in einzelnen Gemeinschaften/Gruppen innerhalb der Gesellschaft wird durch den Verlust von bzw. Verzicht auf Handlungsfähigkeit auf globaler Ebene konterkariert.

**Genau, dadurch, daß der Kommunitarismus als Gesellschaftskonzeption den Stellenwert von Werten und Kultur einseitig betont, - aber die Entstehung dieser Werte offen bleibt sowie die Machtmechanismen in Gesellschaft und Wirtschaft weitgehend ausgeblendet werden, kann sich der Kommunitarismus unter der Hand wieder in ein genauso effektives, wenn nicht effektiveres Repressionsinstrument verwandeln, wie es offener staatlicher Druck ist.**

**Insoweit ist der Kommunitarismus in der Tat keine Alternative zum Neoliberalismus, sondern kann sogar eine Ergänzung neoliberaler Wirtschaftspolitik sein.**

Und diese praktische Konsequenz ist auch US-amerikanische Realität. So werden die Ziele der unter „benachteiligten“ Jugendlichen tätigen gemeinnützigen Organisation „America’s Promise“ wie folgt beschrieben:

Aufsicht für Kinder und Jugendliche nach der Schule, Durchführung der Gesundheitsfürsorge, da die betroffenen Jugendlichen keinen Zugang zu den einfachsten Untersuchungen haben, Vermittlung von Qualifikationen, um den Jugendlichen Zugang zum Arbeitsmarkt zu schaffen, Anhalten der Jugendlichen, die vermittelten Leistungen später wieder an die Gesellschaft „**zurückzuzahlen**“<sup>59</sup>. Diese Forderung „zurückzuzahlen“ bedeutet im konkreten gesellschaftlichen Umfeld Forderung nach Konformität. Die Maßstäbe des „Zurückzahlens“ werden nicht mehr vorrangig durch den Staat bzw. in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern durch die Nachbarschaft oder durch die sicher mit viel Engagement arbeitenden Vereine gestellt - die Repression wird so direkter, genauso wie die Einbindung der Helfenden in das bestehende System, das die Ursachen für die sozialen Notlagen schafft. Die Macht derjenigen, die diese Ursachen setzen, wird gestärkt, weil sie aus dem Blickfeld der Auseinandersetzung verschwinden.

---

<sup>59</sup> vgl. Nolte informiert sich über „America’s Promise“ in Bundesarbeitsblatt 1/1998 S.19

Die Folge ist, **daß die realen gesellschaftlichen Verhältnisse als lokale und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse erscheinen** - in diesem Sinne also die Tendenz zu einer **Repatriarchalisierung (Paternalisierung) gesellschaftlicher Beziehungen** befördert wird.

### **Abschließende Überlegungen**

Im Zuge der tiefen Beschäftigungs-, Regulierungs- und Legitimationskrise ist das konservative Weltbild weiter ausgebaut worden. Dabei knüpfen TheoretikerInnen wie auch PraktikerInnen zwar an Quellen, wie Ludwig Erhard an, passen die Ideologie aber auf unterschiedliche Art und Weise an die neuen Gegebenheiten an. Dabei, und dies ist das Problem der Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen und den aus ihnen entwickelten politischen Konzepten, gelingt es, immer wieder Anknüpfungspunkte im Alltagsbewußtsein zu finden. Das schließt ein, daß Erscheinungen durchaus zutreffend beschrieben werden. Sie werden aber, und das ist das Problem, nie in ihrer **Ganzheitlichkeit** entwickelt - die Frage, warum sich Menschen so oder so verhalten wird unvollständig, selektiv beantwortet. Die Antworten auf die Frage nach dem WARUM brechen gewöhnlich bei Axiomen ab - der „Marktmensch“ sei z.B. eben das Natürliche, das, was zu sein jeder Mensch anstrebe - und anzustreben habe, wenn er als nützliches Mitglied der Gesellschaft angesehen werden will. Die Begründungsmuster sind moralischer Natur, die wirklichen Verhältnisse im wirtschaftlichen Bereich bleiben meist ausgeblendet.

In den Auseinandersetzungen mit den konservativen Konzepten sollten vor allem folgende Schwerpunkte gesetzt werden.

#### **1. Verhältnisse in ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang betrachten und als gewordene Verhältnisse begreifen und darstellen**

Es ist gängige Praxis, gesellschaftliche Prozesse nicht nur aus ihrem geschichtlichen, sondern auch aus ihrem gegenwartsbezogenen Gesamtzusammenhang zu reißen. Am offensichtlichsten ist dies bei der Kategorie der Konkurrenz. Ihre stimulierende Wirkung wird von ihrer sozial destruktiven Wirkung gedanklich getrennt - aber eines ist ohne das andere nicht zu haben. Ähnliches betrifft Konkurrenz und Monopolentstehung bzw. -entwicklung.

Das Verhältnis von Ökonomischem und Sozialem ist ein weiterer Bereich, für den eine solche Sichtweise vermittelt werden muß. Soziale Leistungen bzw. Rechte sind zwar auch Ergebnis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sie sind aber genauso auch **Bedingung** derselben.

Menschen leben und reagieren in ihrem Leben auf bestimmte Bedingungen - aber indem sie dies tun, verändern sie auch diese Bedingungen - damit setzen sie immer wieder neu Entwicklungserfordernisse und negieren in ihrem praktischen Handeln jegliche, im Alltagsgeschäft unveränderbar erscheinende Postulate.

#### **2. Entwicklung eigener Positionen zu Kernkategorien der Auseinandersetzung**

In der eigenen Argumentation werden viele Begriffe nicht mehr einheitlich gebraucht. Begriffe, wie Arbeit, Arbeitskraft, Erwerbsarbeit, Markt, Konkurrenz bzw. Wettbewerb, Kapital, aber auch Solidarität, (Eigen-)Verantwortung oder Freiheit sind inhaltlich ausgehöhlt und dem Alltagssprachgebrauch, der wiederum eben durch konservatives Denken weitgehend dominiert wird, angepaßt. Dies erschwert die Auseinandersetzung mit konservativen Konzepten erheblich. Gleiches gilt für die Wertediskussion.

Dabei geht es nicht nur bzw. nicht vorrangig darum, Definitionen zu setzen und die Kategorien als solche zu pflegen, sondern zu zeigen, welche gesellschaftlichen Prozesse hinter diesen Kategorien stehen, wie sie sich und warum sie sich entwickeln.

#### **3. Entwicklung einer eigenen Debatte zu moralischen Werten**

In allen betrachteten Denkrichtungen nehmen moralische Werte und Begründungen einen hohen Stellenwert ein. Bisher wird diese Seite der Auseinandersetzung weitgehend den Rechtskonservativen überlassen. Insbesondere die Ausgestaltung des zentralen Wertes

Solidarität ist für die weiteren Auseinandersetzungen von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus lassen sich hier Anschlußstücke zu einer generellen Debatte der angestrebten Lebensweisesowie der Konsequenzen aus der Realisierung sozialer und ökologischer Ziele schaffen.

#### **4. Triebkraftdiskussion offensiv aufgreifen**

Eine der zentralen Fragen, mit denen sich die Konservativen heute auseinandersetzen ist die Frage nach den Triebkräften gesellschaftlicher Entwicklung. Der Nachweis, daß die Gesellschaft über hinreichende Entwicklungspotentiale verfügt, um die Anforderungen der Zukunft zu lösen, verstehen die Konservativen als entscheidende Grundlage für den Nachweis der Legitimität ihrer Herrschaft. Diese Auseinandersetzung ist eng verbunden mit der Frage nach einem eigenen Menschenbild. Es ist nötig, dazu deutlicher das Verhältnis von Konkurrenz, Wettbewerb und sozialer Ungleichheit zu untersuchen und darzustellen. Die zu führenden Debatten zu Rolle und Entwicklung moralischer Werte (z.B. der Werte Leistung und Solidarität), zum Stellenwert und zu Möglichkeiten von Staat, Vereinen u.ä., verschiedenen Formen von Interessenvertretungen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie zu Wechselwirkungen von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit müssen sich hier einordnen.

#### **5. Debatte um Niedriglohnsektor und um die Zukunft des Ehrenamtes als gesellschaftskonzeptionelle Debatte begreifen**

Die Auseinandersetzung in dieser Frage wird nicht nur unter dem Gesichtspunkt konzeptioneller, sondern auch ganz praktischer Gesellschaftsperspektiven an Bedeutung gewinnen wenn nicht gar eine ähnliche Bedeutung, wie die Auseinandersetzung um die Zukunft der Tarifpolitik gewinnen. Daher sei an dieser Stelle darauf etwas ausführlicher eingegangen. Zu den Reproduktionskreisläufen der Gesellschaft gehört auch der der Reproduktion der Bevölkerung. Dieser Prozeß ist immer auch in den Prozeß der Reproduktion der Lebensgüter eingeschlossen und paßt sich in der Tendenz den Bedingungen im Produktionsbereich an. Oder man kann auch sagen - das Reproduktionsverhalten der Familien folgt den Bedingungen, unter denen sie leben.

Diesen Prozeß konnte man in Europa im 19. und 20. Jahrhundert beobachten - z.B. in der Veränderung der Familienstrukturen und Familiengrößen (Kinderzahl). Aus mindestens zwei Gründen ist hier aber keine endlose Elastizität gegeben - erstens, weil der Mensch eben keine Maschine ist, Arbeitskraft nicht auf Halde zu legen ist, und zweitens, weil der Mensch die Möglichkeit hat, Bedingungen seiner Reproduktion bewußt zu gestalten, zu verändern. Die gegenwärtige Politik versucht, Arbeitskraft eben auf Halde zu legen bzw. zielgerichtet zu entwerten. Das ist marktwirtschaftlich ideologisch betrachtet auch der einzig „vernünftige“ Weg.

Die zweite Option setzt auf der ideologischen Ebene die Akzeptanz der permanenten Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in ihren Grundqualitäten, der Offenheit der Geschichte voraus. Das ist marktwirtschaftlichem Denken fremd, ja feindlich. Die im Rahmen des sozialstaatlichen Kompromisses entwickelten Formen sozialer Absicherung haben aber eben, bei aller Eingeschränktheit und Widersprüchlichkeit, Ansätze für die Realisierung von Veränderungen, für das Verlassen der Position reiner Marktagenten durch die abhängig Beschäftigten eröffnet, indem sie die Marktstellung dieser gestärkt haben. Wenn eben in der Bundesrepublik keinesfalls jede Arbeit von jedem akzeptiert wird, nur weil sie Geld bringt, ist dies Ausdruck dieses Selbstbewußtseins Mensch, nicht nur Marktfaktor zu sein. Das dies wiederum in Mißachtung bestimmter Arbeit umschlägt, ist im gesellschaftlichen Umfeld normal, ist die andere Seite des Widerspruchs, in den die abhängig Beschäftigten sich bewegen müssen. Die Mißachtung einfacher (oder als einfach betrachteter) Arbeit ist ein Instrument in der Konkurrenz unter den Beschäftigten (wie übrigens auch die gerade in diesem Zusammenhang relevante Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten, die sich auch in der Beschäftigten- und Tarifstruktur manifestiert).

Das Problem ist nicht klassisch zu lösen<sup>60</sup>. Tatsächlich kann es nur gelöst werden,

- wenn einfache Arbeiten entweder durch technische Systeme übernommen werden oder
- wenn einfache Arbeiten als Teil von komplexeren Arbeitsprozessen aufgewertet werden oder
- wenn einfache Arbeiten im Wechsel mit komplizierteren Arbeiten von den gleichen Individuen geleistet werden.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die Zusammenfassung von Beschäftigten dieses Bereiches in Dienstleistungspools (also Unternehmen, ggf. Genossenschaften) tatsächlich eine Lösungsrichtung - und dies unabhängig von der Einführung von Dienstleistungsschecks oder anderen Modellen der Subventionierung, allerdings bei Voraussetzung von Akzeptanz der Leistung auf dem Markt (die es so in der Bundesrepublik noch nicht gibt - und deren Entwicklung zu forcieren auch nicht nötig ist). Insoweit wäre die Frage der Verbindung von Grundsicherung, aktiver Strukturpolitik und Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung auch unter diesem Gesichtspunkt von erheblicher Bedeutung, liefert diese Kombination doch durchaus Ansatzpunkte für eine Neugestaltung gesellschaftlicher Arbeitsteilung überhaupt - dadurch wiederum werden auch wesentliche Seiten des Geschlechterverhältnisses auf sinnvolle Art in das Wechselspiel von Sozial-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik integrierbar. Für die aktuelle Diskussion und Auseinandersetzung stellt sich nun aber eine weitere Frage - warum sind personenbezogene Dienstleistungen bei SPD wie bei CDU eigentlich grundsätzlich niedrig bezahlte Arbeiten?

Der wirtschaftspolitische Diskussionskreis um Schröder in der SPD formuliert im Punkt 11 der **Eckpunkte einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik** direkt<sup>61</sup>: „Wir werden dafür sorgen, daß mehr Menschen von personenbezogenen Dienstleistungen leben können. Das setzt eine Neuformulierung der Ziele, Regeln und des Niveaus im System der Sozialhilfe voraus... Wir wissen, daß Dienstleistungen für die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft genauso bedeutsam, wenn nicht bedeutsamer sein werden wie das produzierende Gewerbe. Wir wollen Dienstleistungsarbeitsplätze im Niedriglohnsektor fördern und damit insbesondere die Integration leistungsschwächerer Arbeitnehmer.“

Personenbezogene Dienstleistungen stehen hinsichtlich ihrer Honorierung, so die SPD, a priori auf einer Stufe mit der Sozialhilfe.

Im CDU- Arbeitskreis „Arbeit für alle - Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dies folgendermaßen formuliert: „Durch die stärkere Lohnspreizung könnte besonders der in Deutschland stark unterentwickelte Bereich einfacher Dienstleistungen erschlossen werden - z.B. Hilfen aller Art in Privathaushalten, Versorgung von Haushalten mit dem täglichen Bedarf, Familien- und Pflegehilfen, Unterstützung für ältere Menschen, Hilfen an Tankstellen und in Supermärkten, Begleitpersonen im ÖPNV, Pförtner, Kleinhandwerk und vieles andere mehr -.“

**Warum eigentlich handelt es sich hier um gering zu entlohnende Tätigkeiten**, wenn sie, so ebenfalls von SPD und CDU in diesen Zusammenhängen betont, für die Zukunft so wichtig sind? Neben dem Tribut an die klassische Klientel, die männliche Industriearbeiterschaft, steht dahinter eine grundsätzliche Wertung gesellschaftspolitischer Natur, die mit dem Bild des Dienstmädchens/Dienstbotens oder dem Begriff des Domestiken recht genau gefaßt wird. Hier trifft sich Schröders Sichtweise mit der der konsequent neoliberalen Richtung - eine Kultur des Dienens bis zur Selbstaufgabe, nicht um anderen Menschen menschlich zu begegnen, sondern um patriarchales Wohlwollen und in Folge Geld zu erlangen. Dieses Konzept geht noch über die Reduzierung des Menschen auf einen Marktfaktor hinaus und schließt vorbürgerliche Sichten auf Abhängigkeitsverhältnisse ein. Im Ausgang seiner Geschichte wird der Versuch unternommen, den Arbeitsmarkt als Markt und die Arbeitskraft als Warenbesitzer zu negieren.

---

<sup>60</sup> Es ist vor allem deshalb nicht klassisch zu lösen, weil es eben weit über den Konflikt Kapital-Arbeit hinausgeht. Es schließt neben dem Aspekt der Konkurrenz zwischen Arbeitskräften mindestens auch kulturelle Dimensionen ein (Traditionen, Werte, Gruppennormen, Rituale...), die z.T. auch wiederum mit dem genannten Konkurrenzbereich in Verbindung stehen.

<sup>61</sup> In dem Leit Antrag wird dies alles zwar verwaschener, aber in gleicher Intention ausgedrückt.

Man kann die Sache auch von einer anderen Seite her angehen. Wenn die angestrebten personenbezogenen Dienstleistungen so einfach sind, warum dann nicht die Arbeitszeit verkürzen, so daß sie in den Familien selbst neben der Arbeitszeit erbracht werden können? Warum dann nicht statt Sozialhilfemittel umzuschaukeln durch Arbeitszeitverkürzung mehr Arbeitsplätze schaffen und die Steuerlast absenken?

Damit schließt sich der Kreis der hier behandelten Fragestellungen: Hinter der Debatte um einen Niedriglohnsektor steht die, vielleicht oft unbewußte, Erkenntnis, daß die „klassische“ Arbeitsteilung eine Grenze gestoßen ist. Das gesellschaftspolitisch entscheidende Problem ist dabei weniger, daß sie mit den Anforderungen der Märkte hinsichtlich der Flexibilität kollidiert, sondern vor allem, daß sie mit den veränderten Ansprüchen an Arbeits- und Freizeit, an Entscheidungs- und Gestaltungsfähigkeiten, wie sie der entstandene Typ des Beschäftigten stellt, in zunehmenden Widerspruch tritt. Die Lösung des Problems wird in der Hypertrophierung von Arbeitsteilung gesucht, nicht in der Veränderung der Arbeit selbst - der „neue Arbeitsbegriff“, den z.B. die Zukunftskommission mit ihrer These der „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ versucht zu reklamieren, ist so eigentlich nicht neu. Ersatz für die Veränderung von Machtverhältnissen soll die „Bürgerarbeit“ im sozialen Bereich bieten - „neue Gemeinschaftlichkeit“ als Surrogat für grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen.

An dieser Stelle sei die Diskussion neokonservativer Konzepte abgebrochen - auch wenn sich der Autor dessen bewußt ist, daß das Thema damit bestenfalls angerissen wurde.